

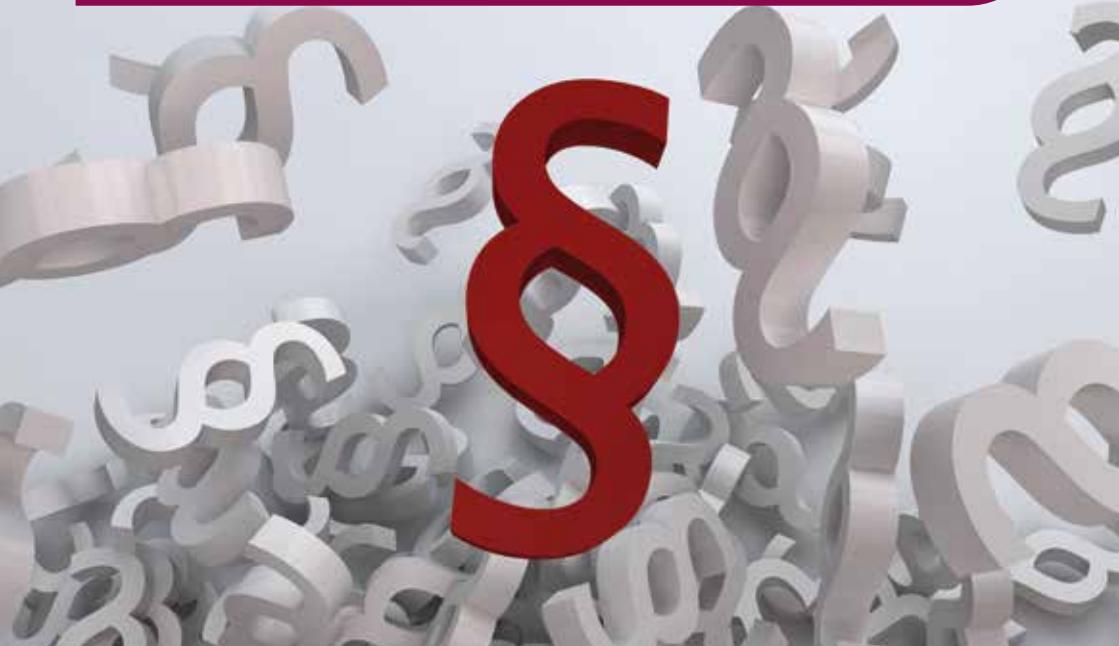


Kommunales Bildungswerk e.V.

08 - 2025

Weiterbildungsangebot 2025 - 2026

Seminare zum Vollstreckungs- und Insolvenzrecht



wissen. teilen. bewegen.



Tel.: 030.293350-0
Fax: 030.293350-39
E-Mail: info@kbw.de
Web: www.kbw.de
Bürozeiten: Montag bis Donnerstag von 8:00 - 17:00 Uhr
Freitag von 8:00 - 16:00 Uhr

Redaktionsleitung:
Ulrike Urbich, Kommunales Bildungswerk e. V.

Das Kommunale Bildungswerk e. V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter 11232/Nz eingetragen (Vereinssitz Berlin-Charlottenburg). Das Kommunale Bildungswerk e. V. ist Mitgründer und -träger des Instituts für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin.

Berlin, im August 2025

Sehr geehrte Fortbildungsinteressierte,

wir als Kommunales Bildungswerk e. V. möchten Sie in Ihrem Weiterbildungsweg unterstützen und begleiten.

Aus unserem aktuellen Fortbildungsprogramm stellen wir regelmäßig thematische Sonderauszüge für Sie zusammen. Wir bieten Ihnen so die perfekte Übersicht, um schnell und zielgerichtet das passende Seminarangebot für Ihre berufliche Praxis zu finden.

Auf den nachfolgenden Seiten haben wir aktuelle Seminare zum „**Vollstreckungs- und Insolvenzrecht**“ für Sie gebündelt dargestellt. Treffen Sie Ihre Wahl und melden Sie sich direkt an.

Vermissen Sie ein Angebot? Welches Thema haben wir eventuell noch nicht berücksichtigt? Senden Sie uns gern Ihre Vorschläge per Email an [feedback@kbw.de!](mailto:feedback@kbw.de) Ihre Anregungen sind uns wichtig.

Ich freue mich auf den Austausch und ein persönliches Kennenlernen in Präsenz oder digital.

Ihre



Ulrike Urbich
Geschäftsführerin



Veranstaltungsorte

In Berlin haben wir seit 2019 verschiedene Seminarstandorte. Den konkreten Veranstaltungsort sowie Ihre Anreisemöglichkeiten teilen wir Ihnen in der verbindlichen Seminareinladung mit.

Unsere Veranstaltungen in anderen Städten Deutschlands finden in von uns ausgewählten Tagungshotels statt. Inhaltlich und organisatorisch werden diese Veranstaltungen durch unsere Regionalbüros vor Ort begleitet.



Unterkunft

Für die Buchung der Hotelzimmer beachten Sie bitte die Hinweise im jeweiligen Qualifizierungsangebot. An allen Seminarorten stehen

Wasser, Kaffee und Tee kostenfrei zur Verfügung.

Anmeldung und Teilnahmebedingungen

Die Anmeldung ist direkt über unsere Webseite, per E-Mail, per Fax oder postalisch möglich. Beachten Sie bitte unsere Teilnahmebedingungen unter <https://www.kbw.de/teilnahmebedingungen>.

Seminararten

In **Fachseminaren** werden zu den jeweiligen Themengebieten fachliche Grundkenntnisse vermittelt.

Spezialseminare widmen sich weiterführend und vertiefend ausgewählten Problemen des Berufsalltags, basierend auf vorhandenen Grundkenntnissen.

In **Workshops** stehen der Erfahrungsaustausch und das Finden von Lösungen für spezielle Probleme aus der Praxis im Mittelpunkt. Es werden vielfältige Methoden wie Diskussion, Gruppenarbeit und interaktives Arbeiten eingesetzt.

Kompaktkurse bestehen aus mehreren inhaltlich voneinander abgegrenzten Modulen. Ausgewählte Kompaktkurse können durch die fakultative Prüfung an einer Hochschule zertifiziert werden, mit der das Curriculum gemeinsam konzipiert wurde.



Inhouse-Veranstaltungen

Besonders hinweisen möchten wir auf unser Inhouse-Angebot. Zu allen Seminarthemen organisieren wir für Sie individuell maßgeschneiderte Seminare an dem Ort Ihrer Wahl.



Newsletter

Erhalten Sie genau die Informationen und Weiterbildungsempfehlungen, die Sie brauchen – kostenfrei und direkt in Ihr Postfach.

Unser Newsletter informiert Sie i.d.R. monatlich über aktuelle Themen, Projekte und Tagungen. Der KBW-Newsletter kann über unsere Webseite abonniert und natürlich auch jederzeit wieder abbestellt werden.



Service und Information

info@kbw.de
Tel.: 030-293350-0

Unsere aktuellen Teilnahmebedingungen finden Sie unter <https://www.kbw.de/teilnahmebedingungen>.

Vollstreckungsrecht/Insolvenzverfahren

Vollstreckung

Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung.....	3
Verwaltungsvollstreckung: Allgemeine Grundlagen für Neu- und Quereinsteiger:innen	3
Aktuelle Fragen der Verwaltungsvollstreckung.....	4
Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen	4
Prüfung zum Kompaktkurs "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen"	6
Die Geltendmachung privatrechtlicher Forderungen: von der Mahnung bis zur Vollstreckung.....	7
Die Vermögensauskunft des:der Schuldner:in in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis	7
Die Vollstreckung in das Grundbuch und in das unbewegliche Vermögen - von der Pfändung einer Grundschuld über die Sicherungshypothek bis zur Zwangsversteigerung	8
Die Forderungspfändung - neue Möglichkeiten und Wege für die Erhöhung der Erfolgsschancen	8
Verwaltungsvollstreckung gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts - Ansprüche der Kommune durchsetzen.....	9
Die Vollstreckung in den Nachlass und gegen Erben.....	9
Zwangsvollstreckung in der praktischen Umsetzung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamte	9
Vollstreckung im Außen- und Innendienst effektiv gestalten	9
Erfolgreiche Gesprächsführung in der Vollstreckungspraxis: Praxistipps und Gesprächstechniken u. a. zur Abnahme der Vermögensauskunft (*Neu*).....	10
Die erfolgreiche Kfz-Pfändung	10
Effektives Forderungsmanagement: Von der Mahnung bis zur Zwangsvollstreckung	10
Die Praxis der Lohnpfändung für Arbeitgeber, Schuldner:innen und Gläubiger:innen	11
Gemeindekasse/Stadtkasse - Einführung in die Aufgaben und Organisation.....	11
Stundung, Erlass und Niederschlagung von öffentlich-rechtlichen Forderungen.....	12
Stundung, Erlass und Niederschlagung	12

Verjährung und Verwirkung kommunaler Geldforderungen - Fristen, Beginn, Hemmung, Neubeginn, Wirkung	12
Vollstreckung von Bußgeldbescheiden.....	13
Vollstreckung von Geldbußen durch Jobcenter - Fachliche Weisungen der BA 2023/2025.....	13
Unterhaltsansprüche - gerichtliche Durchsetzung und Zwangsvollstreckung durch Sozialverwaltung und Jobcenter	14
Kindesunterhalt: Zwangsvollstreckungsrecht für Beistand:innen - Realisierung von Auskunfts- und Unterhaltsansprüchen (inkl. neuer Formulare ab dem 01.09.25) (*Neu*)	14
Betreute als Schuldner und Gläubiger - Handlungsstrategien und Interventionsmöglichkeiten	15
Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen (Vollstreckung von Verwaltungsakten)	15

Insolvenzrecht

Systematische Einführung in die Insolvenzordnung	16
Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht	16
Systematische Einführung in das Regelinolvenzverfahren	17
Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht	17
Insolvenzantragstellung - weshalb, wie und mit welchen Folgen	17
Besonderheiten der Freiberuflerinsolvenz	18
Systematische Einführung in die Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz - Ablauf, Verfahren, Intervention	18
Fokus Vorsatzanfechtung - § 133 InsO	19
Insolvenzanfechtung - Verteidigungsstrategien für öffentlich-rechtliche Gläubiger:innen	19
Abwehr unberechtigter Ansprüche des:der Insolvenzverwalter:in bei Insolvenzanfechtungen, insbesondere Vorsatzanfechtung	19
Kommunale Ansprüche im Insolvenzverfahren	20
Insolvenzrecht aus kommunaler Sicht - Grundlagen und Vertiefung	20
Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des:der Steuerschuldner:in	20
Die Insolvenz - unterhaltsrechtliche Schwerpunkte	21

Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens
auf Unterhaltsansprüche 21

Die Verfolgung Unterhaltpflichtiger im EU-
Ausland, in der Türkei, in der Schweiz und in
Nordamerika - anwendbares Recht,
Vergleich der Rechtsordnungen und
praktische Durchsetzung..... 22



In den mit moderner Konferenztechnik ausgestatteten Seminar- und Veranstaltungsräumen finden unsere jährlichen beliebten Fach- und Arbeitstagungen zu aktuellen Themen aus der Verwaltungspraxis statt. Sie sind eine gute Gelegenheit zum Informations- und Erfahrungsaustausch sowie Networking mit Berufskolleg:innen.

11.09.2025	Datenschutz	www.kbw.de/-DST25
25.09. - 26.09.2025	Gleichstellungsrecht	www.kbw.de/-PGGT25
08.10.2025	Wirtschaftliche Jugendhilfe	www.kbw.de/-JUET25
15.10.2025	Betreuerforum Berlin	www.kbw.de/-BET25
05.11.2025 - 07.11.2025	Personalstage Kongress für Tarifrecht, moderne Ausbildung und Personalentwicklung	www.kbw.de/-PETK25
06.11.2025	Betreuerforum Hofheim	www.kbw.de/-BETH25
10.11. - 11.11.2025	Sozialrecht SGB XII	www.kbw.de/-SOTS25
12.11.2025	Sozialrecht BTHG/SGB IX	www.kbw.de/-SOCT25
18.11.2025	Unterhaltsvorschuss	www.kbw.de/-JUCT25
20.11. - 21.11.2025	Personalvertretungsrecht	www.kbw.de/-PGT25
25.11.2025	Jugendhilfe	www.kbw.de/-JUT25
26.11.2025	Waffenrecht	www.kbw.de/-WTT25
27.11. - 28.11.2025	Ausländerrecht	www.kbw.de/-ORT25
04.12. - 05.12.2025	Beamtenrecht	www.kbw.de/-PES25

Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Alle Angaben ohne Gewähr.

Vollstreckung

Verwaltungsvollstreckung/Vollstreckung von Geldforderungen - eine systematische Einführung

Kompaktseminar in zwei Teilen

Teil 1: 13.11. - 14.11.2025 (Berlin)	https://www.kbw.de/-VLB100
Teil 1: 12.03. - 13.03.2026 (online)	Code: VLB100 * 395,00 Euro
Teil 1: 02.07. - 03.07.2026 (Berlin)	Code: VLB100 * 395,00 Euro
Teil 1: 24.09. - 25.09.2026 (online)	Code: VLB100 * 395,00 Euro
Teil 1: 12.11. - 13.11.2026 (Berlin)	Code: VLB100 * 395,00 Euro
Teil 2: 04.12. - 05.12.2025 (Berlin)	Code: VLB120 * 395,00 Euro
Teil 2: 16.04. - 17.04.2026 (online)	Code: VLB120 * 395,00 Euro
Teil 2: 03.12. - 04.12.2026 (Berlin)	Code: VLB120 * 395,00 Euro

Im Rahmen des zweiteiligen Seminars wird das Rechtsgebiet der Vollstreckung grundlegend und umfassend dargestellt. Die Teilnehmenden erhalten einen Gesamtüberblick und können eventuell bereits gemachte Erfahrungen in das Seminar einbringen und Lösungen für die Praxis mitnehmen. Das Seminar richtet sich in erster Linie an neue Beschäftigte bei Vollstreckungsbehörden sowie anderen Behörden und Körperschaften, die mit der Vollstreckung befasst sind (einschließlich Vollziehungs- und Vollstreckungsbeamten). Der angestrebte Erfahrungsaustausch kann auch für Teilnehmende, die in diesem Bereich bereits tätig sind, gewinnbringend sein. Auf die aktuelle Gesetzgebung und Rechtsprechung wird bei den einzelnen Themen Schwerpunkten umfassend eingegangen. Der Teil 2 kann einzeln belegt werden, wenn die Inhalte bzw. Schwerpunkte des 1. Teils beherrscht werden.

Schwerpunkte:

Teil 1

- Allgemeines zur Durchführung von Vollstreckungshandlungen: Vorbereitung der Vollstreckung; Vollstreckungsvoraussetzungen; Vollstreckungsschuldner:innen; Vollstreckung gegen Dritte; Amts- und Vollstreckungshilfe; Datenschutz, Steuergeheimnis; Einstellung und Aussetzung der Vollstreckung; Stundung, Vollstreckungsaufschub; Niederschlagung und Erlass; Verjährung
- Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen: gerichtliches Mahn- und Vollstreckungsverfahren (Erläuterung der Vordrucke, Fehlerquellen)
- Durchführung von Vollstreckungsmaßnahmen: Abgrenzung der Bereiche bewegliches und unbewegliches Vermögen; Gesamtvermögen
- Vollstreckung in bewegliche Sachen: Pfändung beweglicher Sachen, Betreten und Durchsuchen, Widerstand; Gewahrsamsbegriff - Eigentumsvermutung bei Ehegatt:innen, Lebenspartner:innen, nichtehelichen Lebensgemeinschaften; Mithnahme, Inbesitznahme, Belassen bei dem:der Schuldner:in, Gefahr des Untergangs, Überpfändung; Niederschrift über die Pfändung, erfolglose Pfändung, Verwertung der gepfändeten Sache
- Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft: Ablauf des Verfahrens; Haftbefehl; Auswertung des Vermögensverzeichnisses
- Vollstreckung in Geldforderungen: Pfändung von Arbeitseinkommen; Pfändung von Bank- und Sparkassenguthaben; Pfändung von Sozialleistungsansprüchen; Pfändung sonstiger Geldforderungen

Teil 2

Code: VLB120

- Beauftragung des:der Gerichtsvollzieher:in: Anträge; Kostenfragen; Zusammenarbeit mit dem:der Gerichtsvollzieher:in
- Vollstreckung von Zwangsgeldern
- Besonderheiten bei der Vollstreckung von Geldbußen: Erzwingungshaft; Arbeitsauflagen bei Heranwachsenden
- Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen: Zwangshypothek; Zwangsversteigerung; Zwangsverwaltung
- Die Haftung für Steuern und sonstige Abgaben: Übersicht über die häufigsten Haftungskriterien; Einzelfragen einer Inanspruchnahme Dritter
- Das Insolvenzverfahren: die verschiedenen Verfahrensabschnitte; Anträge; Erklärungen; taktisches Vorgehen

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen. Es werden allgemeine verwaltungsrechtliche Grundkenntnisse vorausgesetzt.

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Verwaltungsvollstreckung: Allgemeine Grundlagen für Neu- und Quereinsteiger:innen

Fachseminar

06.11.2025 (Berlin)	https://www.kbw.de/-VLB332
23.06.2026 (Berlin)	Code: VLB332 * 270,00 Euro
05.11.2026 (Berlin)	Code: VLB332 * 270,00 Euro

Das Seminar vermittelt einen Überblick über die Grundprinzipien der Zwangsvollstreckung durch die kommunale Vollstreckungsbehörde. Zunächst werden die gesetzlichen Voraussetzungen nach den landesrechtlichen Regelungen der Verwaltungsvollstreckungsgesetze für die Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen durch öffentliche Kassen erörtert. Da alle Landesgesetzgeber ähnliche Grundregeln verfasst haben, sind die Inhalte der Fortbildung länderübergreifend relevant. Darüber hinaus wird die Vorbereitung und Durchführung der Vollstreckung beleuchtet sowie die Vor- und Nachteile der verschiedenen Vollstreckungsmöglichkeiten aufgezeigt. Für Fragen der Teilnehmenden wird ausreichend Raum gegeben.

Schwerpunkte:

- Was ist Zwangsvollstreckung?
- Rechtsgrundlagen der Verwaltungsvollstreckung nach AO und Verwaltungsvollstreckungsgesetz
- Vollstreckungsvoraussetzungen als Grundlage der Zwangsvollstreckung
- Ermittlung des Schuldnervermögens
- Überblick über die Vollstreckungsmöglichkeiten
- Welche Vollstreckungsmöglichkeit bietet sich wann an?

Zielgruppe: Mitarbeitende von öffentlichen Kassen, die in der täglichen Praxis mit Zwangsvollstreckung in Berührung kommen. Die Veranstaltung richtet sich an Neu- und Quereinsteiger:innen, die sich mit den Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung vertraut machen wollen und keine oder nur geringe Vorkenntnisse mitbringen.

Dozenten: Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilien- und Immobilienvollstreckungsrecht; Herr Uwe Fischer, ehem. Leiter einer Vollstreckungsbehörde, Fachdozent für Vollstreckungsrecht, Rhetorik und Körpersprache

Aktuelle Fragen der Verwaltungsvollstreckung**Spezialseminar**

24.09.2025 (online)
08.09.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB170>

Code: VLB170 * 270,00 Euro

Code: VLB170 * 270,00 Euro

Zahlreiche Gesetzesänderungen haben Auswirkungen auf die Verwaltungsvollstreckung. Vermehrt müssen sich daher auch die Gerichte mit der Vollstreckungspraxis befassen. Im Seminar werden auf der Grundlage der aktuellen Gesetzgebung und Rechtsprechung die neuesten Entwicklungen und Strömungen aufgezeigt und Anregungen für eine möglichst erfolgreiche Vollstreckung gegeben. Breiter Raum wird der Diskussion und der Behandlung von Einzelproblemen eingeräumt.

Schwerpunkte:

- Vorbereitung von Vollstreckungsmaßnahmen
- Steuergeheimnis und Datenschutz
- Ermittlungsmöglichkeiten
- Einschaltung anderer staatlicher Stellen
- Bestellung von Sicherheiten, Stundung, Ratenzahlung
- Vollstreckung in bewegliche Sachen, einschl. Verwertung
- Die Vermögensauskunft
- Vollstreckung in Geldforderungen und andere Vermögensrechte
- Zugriff auf das unbewegliche Vermögen und auf Grundstücksrechte
- Verhalten im Insolvenzverfahren
- Erfahrungsaustausch und Diskussion

Zielgruppe: Beschäftigte von Vollstreckungsbehörden, Fachämtern und Eigenbetrieben, die mit der Festsetzung, Geltendmachung und Vollstreckung von Geldforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen**Kompaktkurs in 5 Modulen**

16.10.2025 - 12.12.2025 (Berlin)
19.02.2026 - 29.05.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLK100>

Code: VLK100 * 1.850,00 Euro

Code: VLK100 * 1.850,00 Euro

Die Aufgaben der Sachbearbeiter:innen in der Zwangsvollstreckung haben mehr und mehr an Bedeutung gewonnen. Keine Kommune und keine Behörde kann es sich erlauben, offene Forderungen nicht beizutreiben. Besonders vor dem Hintergrund einer ordnungsgemäßen und steuergerechten Verwaltung haben die Qualitätsansprüche an die erzielten Arbeitsergebnisse erheblich zugenommen. Um sich in dem Sachgebiet der Zwangsvollstreckung rechtssicher zu bewegen und den Berufsalltag bewältigen zu können, sind grundlegende Rechtskenntnisse absolut unverzichtbar, zumal die Rechtmäßigkeit von Vollstreckungsmaßnahmen von der korrekten Anwendung der einschlägigen Vorschriften abhängt. Diese Kernkompetenzen möchte das Kommunale Bildungswerk e. V. mit diesem Kompaktkurs Beschäftigten vermitteln, die neu in den Beruf einsteigen, das Sachgebiet wechseln oder, die ihre in der praktischen Arbeit erworbenen Kenntnisse auf solide Rechtsgrundlagen stellen möchten. Hierbei sichert das Kommunale Bildungswerk e. V. ein hohes fachliches Niveau der Module zu undachtet drauf, dass die Inhalte mit konkretem Praxisbezug zu den täglichen Arbeitsaufgaben vermittelt werden. Teilnehmende am Gesamtkurs erhalten als Nachweis einer erfolgreich absolvierten beruflichen Zusatzqualifizierung ein vom Kommunalen Bildungswerk e. V. ausgestelltes Teilnahmezertifikat „Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal)“. Der Besuch des in sich geschlossenen Gesamtkurses wird empfohlen. Es ist aber auch - bei ausreichender Platzkapazität - möglich, einzelne Module zu buchen. Die Preise entnehmen Sie bitte unserer Website.

Der Kompaktkurs wird in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege e. V. (IWVR e. V.) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) durchgeführt. Nach Absolvieren des Gesamtkurses haben die Interessent:innen darüber hinaus die Möglichkeit, ein Institutszertifikat des IWVR e. V. an der HWR zu erwerben. Hierfür nehmen die Teilnehmenden an einer Abschlussprüfung (Code: VLK100-P) teil, welche eine 90-minütige Klausur umfasst. Beim erfolgreichen Absolvieren erhalten sie ein Institutszertifikat als „**Zertifizierte/Sachbearbeiter:in Zwangsvollstreckung - communal (Grundwissen)**“ (HWR, IWVR e. V.). Die separate Prüfungsgebühr beträgt 350,00 Euro.

Modul 1: Vollstreckung von Geldforderungen - Überblick über die Maßnahmen der Vollstreckung

16.10. - 17.10.2025 (Berlin)
19.02. - 20.02.2026 (Berlin)

Code: VLK100-1 * 395,00 Euro
Code: VLK100-1 * 395,00 Euro

Schwerpunkte:

- Maßnahmen der Zwangsvollstreckung in Forderungen, bewegliche und unbewegliche Sachen, Vermögensauskunft
- Vollstreckungsvoraussetzungen, Rechtmäßigkeit von Zwangsvollstreckung
- Gesetzliche Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung, Verweise in die Zivilprozeßordnung (ZPO)
- Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen: gerichtliches Mahn- und Vollstreckungsverfahren
- Ein Vollstreckungsfall, Herangehensweise, Reihenfolge von Maßnahmen

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langerjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobiliar- und Immobiliarvollstreckungsrecht

Hinweis: Der Besuch der Seminare Code: VLB100 und Code: VLB120 in den letzten 12 Monaten kann als Modul 1 anerkannt werden.

Modul 2: Bescheiderstellung mit der Zielrichtung Zwangsvollstreckung - Vollstreckungsaußendienst

30.10. - 31.10.2025 (Berlin)
05.03. - 06.03.2026 (Berlin)

Code: VLK100-2 * 395,00 Euro
Code: VLK100-2 * 395,00 Euro

Schwerpunkte:

- Wie muss ein Bescheid beschaffen sein, um eine Zwangsvollstreckung rechtmäßig durchzuführen?
- Vollstreckungsschuldner:in aufgrund Leistungs-/Haftungs-/Duldungspflicht
- Vollstreckung gegen Erben-/gemeinschaften, juristische Personen, BGB-Gesellschaften, Insolvenzschuldner:innen
- Überblick über die Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langerjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobiliar- und Immobiliarvollstreckungsrecht

Modul 3: Pfändung von Arbeitseinkommen - Kontopfändung auch unter Berücksichtigung der InsO

19.11. - 20.11.2025 (Berlin)
21.04. - 22.04.2026 (Berlin)

Code: VLK100-3 * 395,00 Euro
Code: VLK100-3 * 395,00 Euro

Schwerpunkte:

- Begriff des Arbeitseinkommens, Einheitlichkeit des Arbeitsverhältnisses der Pfändung nicht unterworferner Geldbeträge
- Pfändungszugriffe für nicht bevorrechtigte und für bevorrechtigte Gläubiger:innen bzw. Unterhaltsgläubiger:innen
- Nichtberücksichtigung und Wegfall unterhaltsberechtigter Personen
- Zusamenrechnung verschiedener Arbeitseinkommen - Arbeitseinkommen und Sozialleistungen
- Zusammentreffen von Pfändung, Abtretung und Aufrechnung
- Funktionsweise des P-Kontos, Unterschied P- und nicht P-Konto
- Maßgebliche ZPO-Vorschriften der Kontopfändung im Allgemeinen sowie aller gesetzlicher Normen zum P-Konto nach Inkrafttreten des PKoFoG (§§ 899 - 910 ZPO)
- Regelungen zum Pfändungsschutz für Arbeitseinkommen, Pfändungstabelle
- Zusammentreffen von Vollstreckung und Insolvenzverfahren

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langerjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobiliar- und Immobiliarvollstreckungsrecht

Modul 4: Die Vermögensauskunft der Schuldner:innen in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis

21.11.2025 (Berlin)
23.04.2026 (Berlin)

Code: VLK100-4 * 270,00 Euro
Code: VLK100-4 * 270,00 Euro

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen der Vermögensauskunft nach § 802c und § 807 ZPO
- Handlungsalternativen für Vollstreckungsbehörden, Androhung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis
- Verfahrensgang: verpflichtete Personen, Inhalt des Vermögensverzeichnisses
- Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- Rechtsschutz der Schuldner:innen
- Altes dezentrales und neues elektronisches Schuldnerverzeichnis
- Eintragungsanordnung und Verhinderung der Eintragung durch den:die Schuldner:in

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin Zwangsvollstreckungsrecht und Insolvenzrecht

Hinweis: Beachten Sie bitte auch das Seminar zur effektiven Schuldnerbefragung mit dem Code: VLB222

Modul 5: Die Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen

11.12. - 12.12.2025 (Berlin)
28.05. - 29.05.2026 (Berlin)

Code: VLK100-5 * 395,00 Euro
Code: VLK100-5 * 395,00 Euro

Schwerpunkte:

- Erläuterung der unterschiedlichen Vollstreckungsmaßnahmen: Zwangshypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung
- Ablauf der verschiedenen Verfahren
- Anträge, Anmeldungen, Beitritt und Zuschlag in der Zwangsversteigerung
- Behandlung der öffentlichen Lasten
- Vollstreckungsschutz und Versteigerungsverhindernde
- Der Versteigerertermin
- Miterbenanteil und unbewegliches Vermögen
- Übersichten, Muster, Vordrucke, Checklisten

Dozenten: Frau Uta Goldbach, Dipl.-Rechtspflegerin mit langerjähriger Erfahrung auf den Gebieten Grundbuch, Vollstreckung, Insolvenzrecht und Nachlass; Herr Prof. Rainer Goldbach, Dipl.-Rechtspfleger, lehrt an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Mobilair- und Immobilienvollstreckungsrecht

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst und andere mit der Vollstreckung von Geldforderungen beauftragte Bedienstete, die interessiert sind, sich systematisch und fundiert das Vollstreckungsrecht anzueignen.

Prüfung zum Kompaktkurs "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen"

Prüfung

19.12.2025 (Online-Prüfung)
19.06.2026 (Online-Prüfung)

<https://www.kbw.de/-VLK100-P>
Code: VLK100-P * 350,00 Euro
Code: VLK100-P * 350,00 Euro

Die Teilnehmenden des Kompaktkurses "Kernkompetenzen Zwangsvollstreckung (kommunal) - berufliches Grundwissen für Vollstreckungssachbearbeiter:innen" (Code: VLK100) haben die Möglichkeit, eine Abschlussprüfung am Institut für Wissenstransfer in Wirtschaft, Verwaltung und Rechtspflege e. V. (IWVR) an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) abzulegen und ein Institutszertifikat als "Zertifizierte:r Sachbearbeiter:in Zwangsvollstreckung - Kommunal (Grundwissen)" (HWR, IWVR e. V.) zu erwerben. Hierfür schreiben die Teilnehmenden online eine 90-minütige Klausur. Dies kann ortsbunden an jedem internetfähigen Computer erfolgen.

Schwerpunkte:

- Bescheiderstellung mit der Zielrichtung Zwangsvollstreckung
- Aufgaben des Vollstreckungsaußendienstes
- Pfändung von Arbeitseinkommen und Kontopfändigung
- Die Vermögensauskunft der Schuldner:innen
- Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf die Zwangsvollstreckung
- Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen

Zielgruppe: Absolvent:innen des Kompaktkurses

Zugelassene Arbeitsmittel: Gesetzestexte ohne kommentierende Einleitung oder Kommentare

Prüfer: Herr Prof. Rainer Goldbach, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Die Geltendmachung privatrechtlicher Forderungen: von der Mahnung bis zur Vollstreckung

Fachseminar

16.10. - 17.10.2025 (Berlin)
21.05. - 22.05.2026 (online)
15.10. - 16.10.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB030>
Code: VLB030 * 395,00 Euro
Code: VLB030 * 395,00 Euro
Code: VLB030 * 395,00 Euro

Der Einzug von privatrechtlichen Forderungen bzw. die Absicherung von Außenständen bereitet einen nicht unerheblichen Aufwand. Im Seminar werden kostengünstige Möglichkeiten der Sicherung und Realisierung von Außenständen aufgezeigt. Die Teilnehmenden sollen die notwendige Sicherheit gewinnen, richtig mit dem:der Schuldner:in Verhandlungen führen zu können und das gerichtliche Mahnverfahren bzw. die Klage bis hin zur Zwangsvollstreckung kostengünstig zu betreiben. Die Grenzen, ab wann sachkundige Hilfe in Anspruch genommen werden muss, werden ebenfalls dargestellt. Muster und Vordrucke werden erläutert und Formulierungshilfen gegeben. Auf die aktuelle Rechtsprechung wird ausführlich eingegangen. Probleme und Einzelfragen der Teilnehmenden werden aufgegriffen und der Erfahrungsaustausch wird angeregt.

Schwerpunkte:

- **Die Absicherung von Forderungen:** Schuldbeitritt; Bürgschaft; Patronatsklärung; Garantie; Sicherungsübereignung; Eigentumsvorbehalt; Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten; Hypothek und Grundschuld
- **Vorüberlegungen zum Forderungseinzug:** Fälligwerden einer Forderung; Verzug; Mahnung; Verjährung
- **Der Forderungseinzug:** Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung (Erläuterung des gerichtlichen Mahnverfahrens, die unterschiedlichen Vollstreckungstitel); Kostenfragen, Kostenrisiko; die unterschiedlichen Vollstreckungsmöglichkeiten (Vollstreckung in das bewegliche und in das unbewegliche Vermögen)
- Sonstige Vollstreckungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Die Forderung im Insolvenzverfahren

Zielgruppe: Beschäftigte von Vollstreckungsbehörden, Fachämtern und Eigenbetrieben, die mit der Festsetzung, Geltendmachung und Vollstreckung privatrechtlicher Forderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Vermögensauskunft des:der Schuldner:in in der Zwangsvollstreckung - aktuelle Neuregelungen zum Offenbarungsverfahren und zum Schuldnerverzeichnis

Spezialseminar

29.09.2025 (Berlin)
28.09.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB221>
Code: VLB221 * 270,00 Euro
Code: VLB221 * 270,00 Euro

Die Vermögensauskunft des Vollstreckungsschuldners nach § 284 AO und §§ 802c ff. ZPO ist das geeignete Mittel, um Kenntnisse über pfändbare Forderungen und Sachen zu erlangen und um auf den Schuldner bzw. die Schuldnerin legitimen Zahlungsdruck auszuüben. Seit 01.01.2013 ist das Verfahren zur Vermögensauskunft und Abnahme der eidesstattlichen Versicherung in der Zwangsvollstreckung nach §§ 802c ff. ZPO und nach § 284 AO grundlegend neu geregelt und bei der Verwaltungsvollstreckung unmittelbar den Vollstreckungsbehörden übertragen worden. Zum Januar 2018 wurden Detailfragen durch den Gesetzgeber weiter korrigiert. Im Seminar werden die grundlegenden Regelungen des § 802c ZPO und zum zentralen elektronischen Vermögensverzeichnis eingehend dargestellt und die rechtlichen, organisatorischen und praktischen Kenntnisse zur selbstständigen Durchführung des Verfahrens vermittelt. Ebenfalls werden die Voraussetzungen der sogenannten Offenbarungspflicht, der Umfang der Vermögensauskunft, Einsicht und Auskunft aus dem Schuldnerverzeichnis und zahlreiche Fragen des praktischen Verfahrens erläutert.

Schwerpunkte:

- Voraussetzungen der Vermögensauskunft nach § 802c und § 807 ZPO
- Handlungsalternativen für Vollstreckungsbehörden, Androhung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis
- Verfahrensgang: verpflichtete Personen; Inhalt des Vermögensverzeichnisses
- Erzwingung der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- Rechtsschutz des:der Schuldner:in
- Altes dezentrales und neues elektronisches Schuldnerverzeichnis
- Eintragungsanordnung und Verhinderung der Eintragung durch den:die Schuldner:in

Zielgruppe: Beschäftigte der kommunalen Vollstreckungsbehörden, die bereits jetzt oder künftig mit der Abnahme von Vermögensoffenbarungen betraut sind/sein werden

Mitzubringende Arbeitsmittel: Zivilprozessordnung

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Die Vollstreckung in das Grundbuch und in das unbewegliche Vermögen - von der Pfändung einer Grundschuld über die Sicherungshypothek bis zur Zwangsversteigerung

Spezialseminar

11.12. - 12.12.2025 (online)
 07.05. - 08.05.2026 (Berlin)
 10.12. - 11.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB240>

Code: VLB240 * 395,00 Euro
 Code: VLB240 * 395,00 Euro
 Code: VLB240 * 395,00 Euro

Häufig besteht eine große Unsicherheit, in welchem Umfang die Vollstreckungsbehörde bei Zwangsversteigerungsverfahren tätig werden kann und muss. Ein eher passives Warten, wie die jeweiligen Verfahren abgeschlossen werden, kann z. T. gravierende Forderungsausfälle zur Folge haben. Im Seminar werden die Grundstrukturen der Verfahren dargestellt, wobei besonderer Wert darauf gelegt wird, wann und in welchem Verfahrensstadium ein Eingreifen bzw. ein Agieren der Vollstreckungsbehörde angebracht oder sogar zwingend erforderlich ist. Häufig sind auch Verhandlungen mit Dritten notwendig, die in ihrer Funktion als Banken oder Rechtsanwälte/Zwangsverwalter nahezu ausschließlich mit diesen Materien befasst sind. Den Teilnehmenden wird die notwendige Sicherheit vermittelt, damit den Interessen der öffentlichen Hand ausreichend Rechnung getragen werden kann. Anträge, Muster und Formulierungshilfen werden ausführlich behandelt.

Schwerpunkte:

- Erläuterung der unterschiedlichen Vollstreckungsmaßnahmen, Standortbestimmung
- Zwangshypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung: Ablauf der verschiedenen Verfahren; Anträge, Anmeldungen; Beitritt und Zuschlag in der Zwangsversteigerung; Behandlung der öffentlichen Lasten; Formulierungshilfen und Muster
- Besonderheiten aufgrund des Verhaltens des:der Schuldner:in oder Dritter
- Vollstreckung in Gründpfandrechte (Grundschuld, Hypothek)
- Pfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs bzw. des Kaufpreisanspruchs
- Miterbenanteil und unbewegliches Vermögen
- Übersichten, Muster, Vordrucke, Checklisten

Zielgruppe: Bedienstete von Vollstreckungsbehörden, die sich fundierte Kenntnisse aneignen wollen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Gesetzestexte werden gestellt

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Die Forderungspfändung - neue Möglichkeiten und Wege für die Erhöhung der Erfolgsschancen

Spezialseminar

27.11. - 28.11.2025 (online)
 19.03. - 20.03.2026 (Berlin)
 19.11. - 20.11.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB110>

Code: VLB110 * 395,00 Euro
 Code: VLB110 * 395,00 Euro
 Code: VLB110 * 395,00 Euro

Eine Sachpfändung verläuft meist erfolglos. Die Forderungspfändung erhöht dagegen die Chancen erheblich, offene Geldansprüche zu realisieren. In dem Seminar werden die Wege und Möglichkeiten der Forderungspfändung aufgezeigt. Neben der Darstellung der grundsätzlichen Vorgehensweise werden auch Vollstreckungsmaßnahmen in Forderungsrechte aufgezeigt, die sich nicht auf den ersten Blick erschließen, jedoch die Erfolgsschancen effizient erhöhen können. Das sichere Vorgehen hierfür wird jeweils eingehend erläutert, eventuelle Unsicherheiten werden genommen und Formulierungshilfen an die Hand gegeben. Fragestellungen aus der Praxis der Teilnehmenden sind erwünscht - ihnen wird ein besonderer Raum für die Erörterung gegeben. Auf die neueste Rechtsprechung wird intensiv eingegangen.

Schwerpunkte:

- Das Pfändungsverfahren: Ermittlungsmöglichkeiten; Vermögensauskunft; Rechtswirkungen der Pfändung
- Verwertung; Rechtsstellung der Beteiligten; Zusammentreffen von Abtretungen und Pfändungen bzw. mehrfacher Pfändungen und Aufrechnungen, Kostenfragen
- Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf bestehende Pfändungen: Insolvenzanfechtung; Rückschlagsperre
- Absonderungsrecht; Unterhaltspfändungen und Insolvenz; Wirkungen der Restschuldbefreiung
- Pfändung von Arbeitseinkommen: Zugriffsbereich, Einschränkungen und Erweiterungen; Verschleiertes Arbeitseinkommen; Zusammenrechnung verschiedener Arbeitseinkommen bzw. mit Sozialleistungsansprüchen
- Kontopfändung; das Pfändungsschutzkonto; das Oder-, und- bzw. Anderkonto
- Pfändung von Sozialleistungen und (künftigen) Rentenansprüchen
- Sonstige Geldforderungen (z. B. Steuererstattungsansprüche, weitere Forderungsrechte)
- Sonstige Vermögensrechte, wie Anwartschaften (Eigentumsvorbehalt, Sicherungsansprüche) und Grundpfandrechte; Besonderheiten bei der Vollstreckung gegen Firmen, Personenmehrheiten, Erbgemeinschaften

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsdienst von Verwaltungen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen; Beschäftigte von Kreditinstituten und Versicherungen. Kenntnisse des Verwaltungs- und Vollstreckungsrechts werden vorausgesetzt.

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass. jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Verwaltungsvollstreckung gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts - Ansprüche der Kommune durchsetzen

Fachseminar

10.12.2025 (online)
25.03.2026 (online)
09.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB175>
Code: VLB175 * 270,00 Euro
Code: VLB175 * 270,00 Euro
Code: VLB175 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmer mit den Grundlagen der Verwaltungsvollstreckung gegenüber juristischen Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts vertraut zu machen. Hierbei werden die Mitarbeiter der kommunalen Vollstreckungsbehörde mittels Vortrag, Übungsfällen und Diskussion in die Lage versetzt, kommunale Ansprüche (Geldforderungen) gegenüber solchen Vollstreckungsschuldern durchzusetzen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen und Abgrenzungen
- Die Verwaltungsvollstreckung gegen die juristische Person pR, auch gegen die Gesellschafter
- Die Verwaltungsvollstreckung gegen die Personengesellschaft, auch in das Privatvermögen der Teilhalber
- Haftungsmöglichkeiten bei kommunalen Abgaben

Zielgruppe: Mitarbeiter, die im Bereich der kommunalen Vollstreckungsbehörde mit der Beitreibung von Ansprüchen beauftragt sind, die sich gegen juristische Personen und Personengesellschaften des privaten Rechts richten.

Dozent: Herr Eric Hornickel, Kassenverwalter und Leiter der Vollstreckungsbehörde einer Finanzservicestelle

Beachten Sie bitte auch das folgende Online-Seminar:

Die Vollstreckung in den Nachlass und gegen Erben

Online-Seminar

10.09.2025
09.06.2026
15.09.2026

<https://www.kbw.de/-WEVBLB245>
Code: WEVBLB245 * 250,00 Euro
Code: WEVBLB245 * 250,00 Euro
Code: WEVBLB245 * 250,00 Euro

Zwangsvollstreckung in der praktischen Umsetzung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamte

Fachseminar

29.01. - 30.01.2026 (online)
16.07. - 17.07.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB283>
Code: VLB283 * 395,00 Euro
Code: VLB283 * 395,00 Euro

Im Seminar werden, unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung und sonstiger Entwicklungen der Lebenswirklichkeit, umfassende Kenntnisse und wertvolle praktische Hinweise im Bereich der Zwangsvollstreckung für Vollstreckungs-/Vollziehungsbeamten vermittelt.

Schwerpunkte:

- Durchführung des Vollstreckungsaußendienstes, insbesondere Möglichkeiten der gütlichen Erledigung
- Pfändung in das bewegliche Vermögen
- Versteigerung der geplünderten Sachen
- Abnahme von Vermögensauskünften
- Vermittlung von Gesprächsführungskompetenzen

Zielgruppe: Beschäftigte im Vollstreckungsaußendienst der Kommunen, Fachämter, Zweckverbände, Krankenkassen
Dozent: Herr Martin Graetz, Obergerichtsvollzieher

Beachten Sie bitte das folgende Online-Seminar:

Vollstreckung im Außen- und Innendienst effektiv gestalten

Online-Seminar

05.11.2025
03.06.2026
04.11.2026

<https://www.kbw.de/-WEVBLB032>
Code: WEVBLB032 * 250,00 Euro
Code: WEVBLB032 * 250,00 Euro
Code: WEVBLB032 * 250,00 Euro

Erfolgreiche Gesprächsführung in der Vollstreckungspraxis: Praxistipps und Gesprächstechniken u. a. zur Abnahme der Vermögensauskunft (*Neu*)

Workshop

27.10. - 28.10.2025 (Berlin)
19.03. - 20.03.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB034>
Code: VLB034 * 395,00 Euro
Code: VLB034 * 395,00 Euro

Im Bereich der Forderungsvollstreckung kommt der Gesprächsführung eine Schlüsselrolle zu, besonders wenn es darum geht, die Vermögensauskunft abzunehmen. Eine klare und zielgerichtete Kommunikation ist dabei ebenso wichtig wie die Fähigkeit, körpersprachliche Signale richtig zu deuten und gezielt darauf einzugehen. Erfolgreiche Gespräche erfordern nicht nur Empathie und ein gutes Urteilsvermögen, sondern auch den geschickten Einsatz professioneller Fragetechniken. In diesem praxisorientierten Seminar erhalten die Teilnehmenden wertvolle Strategien und Techniken für die Gesprächsführung. Sie lernen, wie sie durch gezielte Vorbereitung und durch die Interpretation von Körpersprache die Qualität ihrer Gespräche und Befragungen deutlich verbessern können. Anhand von Rollenspielen werden die vermittelten Inhalte praktisch geübt, sodass die Teilnehmenden direkt in ihrem Arbeitsalltag davon profitieren können. Abgerundet wird das Seminar mit zahlreichen Praxistipps und einem vollstreckungsrechtlichen Erfahrungsaustausch, bei dem auch aktuelle Rechtsfragen beantwortet werden.

Schwerpunkte:

- Wer fragt kommt weiter: Gezielte Fragetechniken für die Gesprächsführung in der Vollstreckungspraxis
- Effektive Gesprächssteuerung für erfolgreiche Ergebnisse
- Praktische Ansätze zur Erkennung von Täuschungsversuchen im Vollstreckungsalltag
- Körpersprache und Reaktionen erkennen und positiv nutzen
- Die Bewertung von Aussagen bei Befragungen, z. B. bei der Abnahme der Vermögensauskunft
- Rollenspiele anhand praktischer Fälle aus dem Vollstreckungsalltag
- Verhalten bei angespannten Situationen und Aggressivität
- Praxistipps, Diskussion und Auswertung anhand von Fallbeispielen
- Vollstreckungsrechtlicher Erfahrungsaustausch

Zielgruppe: Verwaltungsbedienstete, Vollstreckungsbeamte und -beamten aus dem Bereich des Forderungsmanagements, die mit der Befragung von Forderungsschuldner*innen und/oder der Abnahme der Vermögensauskunft betraut sind.

Dozent: Uwe Fischer, ehem. Leiter einer Vollstreckungsbehörde, Fachdozent für Vollstreckungsrecht, Rhetorik und Körpersprache

Die erfolgreiche Kfz-Pfändung

Workshop

17.09.2025 (Berlin)
21.01.2026 (Berlin)
16.09.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB031>
Code: VLB031 * 270,00 Euro
Code: VLB031 * 270,00 Euro
Code: VLB031 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist, den Teilnehmenden neben der erforderlichen Rechtssicherheit im Bereich der Kfz-Pfändung insbesondere auch zahlreiche praktische Hinweise und Erfahrungswerte, strategische Vorgehensweisen - u. a. auch durch simulierte Szenarien - zu vermitteln. Oftmals werden durchgeführte Kfz-Pfändungen wieder aufgehoben, weil Dritte behaupten, Eigentumsrechte an dem Fahrzeug zu haben. In vielen Fällen können diese Interventionen erfolgreich zurückgewiesen werden. Bereichernd und empfohlen ist ein stetiger gegenseitiger Erfahrungsaustausch.

Schwerpunkte:

- Einsatz von Ventilwächtern (Abschleppen/Verwahrung/Kosten)
- Eigentumsbehauptungen Dritter
- Versuch der Vermögensverschleierung durch Scheinhalterschaften
- Simulierte Situationen bei persönlichen Vorsprüchen
- Aufdecken von widersprüchlichen Angaben, Recherchemöglichkeiten, strategisches Vorgehen
- Rechtsstellung der Vollstreckungsbehörde/Kasse im gerichtlichen Verfahren
- Versteigerung oder anderweitige Verwertung der Fahrzeuge

Zielgruppe: Erfahrene und neue Beschäftigte, die im Bereich der Kasse und/oder Vollstreckung (Innen- und Außendienst) tätig sind und ihren Handlungsspielraum nutzen bzw. ausbauen wollen. Insbesondere auch für Führungskräfte geeignet, die in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und ihre Beschäftigten dabei motivierend unterstützen wollen.

Dozent: Herr Martin Perleberg, Sachgebieteitleiter der Universalvollstreckung

Beachten Sie bitte auch das folgende Online-Seminar:

Effektives Forderungsmanagement: Von der Mahnung bis zur Zwangsvollstreckung

Online-Seminar

16.12.2025
03.02.2026
02.06.2026
15.12.2026

<https://www.kbw.de/-WEVBLB322>
Code: WEVBLB322 * 200,00 Euro
Code: WEVBLB322 * 200,00 Euro
Code: WEVBLB322 * 200,00 Euro
Code: WEVBLB322 * 200,00 Euro

Die Praxis der Lohnpfändung für Arbeitgeber, Schuldner:innen und Gläubiger:innen

Spezialseminar

- 24.11. - 25.11.2025 (Berlin)
- 23.03. - 24.03.2026 (Berlin)
- 29.06. - 30.06.2026 (Berlin)
- 23.11. - 24.11.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-PEA645>
 Code: PEA645 * 395,00 Euro
 Code: PEA645 * 395,00 Euro
 Code: PEA645 * 395,00 Euro
 Code: PEA645 * 395,00 Euro

Im Falle des Vorhandenseins von pfändbaren Beträgen stellt die Lohnpfändung neben der Kontopfändung die effektivste Form des Forderungseinzuges dar. Neben der praktischen Berechnung an Beispielen wird in diesem Seminar auch auf die aktuellen Rechtsprechungen eingegangen. Die Teilnehmenden erfahren von vielen Möglichkeiten, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Vorgaben, Einfluss auf die Höhe des pfändbaren Betrages zu nehmen. Die Dozentin vermittelt ihr umfangreiches Wissen anhand von konkreten Fallbeispielen und Musterschreiben. Konkrete Fragen und Problemfälle können bis zwei Wochen vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Unpfändbare Teile des Arbeitseinkommens (Zeitzuschläge, Corona-Zulagen, Riesterrente, Entgeltumwandlung)
- Berechnung der pfändbaren Beträge bei Sonderfällen (Zusammenrechnung, Nachzahlungen, Vorschüsse, Lohnsteuerjahresausgleich, Abfindung, Urlaubsabgeltung)
- Berücksichtigung unterhaltsberechtigter Personen mit teilweiser Nichtberücksichtigung nach § 850 c Abs. 6 ZPO
- Drittshuldnererklärung gem. § 840 ZPO
- Besonderheiten der Vorpfändung gem. § 845 ZPO
- Abtretung gem. §§ 398 - 413 BGB und Rangfolge beim Zusammentreffen von Pfändungen und Abtretung
- Aufrechnung gem. §§ 387 ff BGB und Zusammentreffen mit Pfändungen und Abtretungen
- Unterhaltspfändung gem. § 850 d ZPO und Zusammentreffen von Unterhaltspfändungen mit anderen Forderungen
- Drittshuldner:innen im Verbraucherinsolvenzverfahren - Restschuldbefreiung und Konkurrenz mit anderen Forderungen
- Pfändungsschutz für den:die Schuldner:in (Erhöhung des unpfändbaren Betrages nach § 850 f Abs. 1 ZPO, Vollstreckungsabwehrklage und Vollstreckungserinnerung)
- Lukrative Lohnpfändung aus Gläubigersicht und Umsetzung durch den:die Drittshuldner:in (Steuerklassenwahl, verschleiertes Arbeitseinkommen, Deliktsforderungen u. a.)
- Stellung des Arbeitgebers / Pflichten und Haftungsrisiken / Hinterlegung / Drittshuldnerschutz und praktische Bearbeitung einer Pfändung durch den:die Drittshuldner:in

Zielgruppe: Beschäftigte und Führungskräfte des Personalbereichs, die mit der Lohnabrechnung betraut sind; Beratungsstellen (z. B. Betreuer:innen, Schuldnerberater:innen, Wirtschafts- und Sozialberater:innen) und Vollstreckungsbehörden, die mit der Lohnpfändung befasst sind; sonstige Interessierte. Grundkenntnisse des Vollstreckungsrechts werden empfohlen.

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner. (Die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen werden durch die Dozentin zur Verfügung gestellt.)

Dozentin: Frau Christine Kalmeier, Sachbearbeiterin im Fachbereich Pfändung und Abtretung

Gemeindekasse/Stadtakasse - Einführung in die Aufgaben und Organisation

Fachseminar

- 20.11.2025 (Berlin)
- 20.02.2026 (Frankfurt am Main)
- 19.11.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-HKB019>
 Code: HKB019 * 270,00 Euro
 Code: HKB019 * 295,00 Euro
 Code: HKB019 * 270,00 Euro

Die Aufgabenkomplexität und Verantwortung in einer Gemeinde- oder Stadtakasse stellt die Mitarbeitenden vor große Herausforderungen. Ziel des Seminars ist es, diese Vielschichtigkeit in den Stadt- und Gemeindekassen darzustellen, damit die Aufgaben termingenau, rechtssicher und organisiert ausgeführt werden können. Hierzu werden die Abläufe, Organisation und Prozesse in der Verwaltung dargestellt sowie praktische Umsetzungstipps im Bereich Zahlungsverkehr, E-Payment und effektives Forderungsmanagement (Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung, Insolvenz, Niederschlagung von Forderungen) gegeben.

Schwerpunkte:

- Gesetzliche Grundlagen der Kommunalkasse
- Anforderungen, Aufgaben und Befugnisse, Personalführung
- Prozessuale Verankerung in der Verwaltung
- Moderne Zahldienste - E-Payment
- Effektives Forderungsmanagement
- Zwangsvollstreckung, Zwangsversteigerung, Insolvenz
- Niederschlagung von Forderungen

Zielgruppe: Mitarbeitende der Gemeinde- und Stadtakassen, Neueinsteiger:innen aber auch Praktiker:innen, die vorhandenes Wissen festigen und vertiefen wollen.

Dozent: Herr Stefan Knauth, Verwaltungsbeamter, Kassenleiter in zwei Bundesländern, Trainer und Coach im Changemanagement, Personality Profiler Coach (LINC)

Stundung, Erlass und Niederschlagung von öffentlich-rechtlichen Forderungen

Spezialseminar

15.10.2025 (Berlin)
06.05.2026 (Berlin)
14.10.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-HKB060N>
Code: HKB060N * 270,00 Euro
Code: HKB060N * 270,00 Euro
Code: HKB060N * 270,00 Euro

Alle bestandskräftig festgesetzten öffentlich-rechtlichen Forderungen können gestundet werden. Die dafür notwendige Prüfung der Voraussetzungen (erhebliche Härte und Nichtgefährdung des Anspruchs) sowie das Verwaltungsverfahren werden im Seminar intensiv erarbeitet. Gleichermaßen ausführlich wird auf die Voraussetzungen und das Verfahren der (befristeten und unbefristeten) Niederschlagung sowie des Erlasses von öffentlich-rechtlichen Forderungen eingegangen.

Schwerpunkte:

- **Stundung:** Wesen und Voraussetzungen der Stundung; Gegenstand der Stundung; erhebliche Härte, sachliche und persönliche Stundungsgründe; Anspruchsgefährdung, Sicherheitsleistung; Folgen einer Stundung; Stundungszinsen
- **Erlass:** Gegenstand des Erlases; Unbilligkeit, sachliche und persönliche Billigkeitsgründe; Wirkung des Erlasses; Erlass von Nebenleistungen
- **Niederschlagung:** Voraussetzungen, Zuständigkeit, Verfahren; befristete und unbefristete Niederschlagung

Zielgruppe: Beschäftigte der Kassen und/oder der Fachämter, die Gläubigerfunktion haben und Entscheidungen vorbereiten bzw. treffen müssen

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Stundung, Erlass und Niederschlagung

Spezialseminar

03.12.2025 (online)
18.02.2026 (Berlin)
02.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-HKB061>
Code: HKB061 * 270,00 Euro
Code: HKB061 * 270,00 Euro
Code: HKB061 * 270,00 Euro

Viele Bundesvorschriften und Landesgesetze verweisen auf § 59 BHO und die vergleichbaren Regelungen in den Landeshaushaltungsverordnungen. Zudem sind die Regelungen selbst mit umfangreichen Verwaltungsvorschriften versehen. Trotzdem bereitet die Anwendung der Norm immer wieder große Schwierigkeiten in der Haushaltspraxis und im Forderungsmanagement. Im Seminar werden die Tatbestandsvoraussetzungen erarbeitet, unter denen Stundung, Erlass und Niederschlagung haushaltfest möglich sind. Zudem werden aktuelle Beispiele aus der Rechtsprechung sowie die Schnittstellen zu Zwangsvollstreckung und Insolvenz erörtert. Der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmenden ist ausdrücklich erwünscht.

Schwerpunkte:

- § 59 BHO und seine Stellung innerhalb der BHO und des Haushaltsplans
- Betroffene Forderungen
- Die Stundung von Ansprüchen: zum Merkmal der "erheblichen Härte", zur angemessenen Verzinsung und zur Sicherheitsleistung nach § 59 Abs. 1 Nr. 1
- Die Niederschlagung: Erfolgsaussichten der Einziehung
- Der Erlass: das Merkmal der "besonderen Härte"
- Rechtsprechung zu § 59 BHO

Zielgruppe: Beschäftigte, die mit dem Forderungsmanagement befasst sind. Grundkenntnisse im Einzug von öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen sollten vorhanden sein.

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Verjährung und Verwirkung kommunaler Geldforderungen - Fristen, Beginn, Hemmung, Neubeginn, Wirkung

Fachseminar

14.10.2025 (Berlin)
05.05.2026 (Berlin)
13.10.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-HKB060P>
Code: HKB060P * 270,00 Euro
Code: HKB060P * 270,00 Euro
Code: HKB060P * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die jeweiligen Voraussetzungen der Verjährung je nach Rechtsgrundlage darzustellen, ihre Auswirkungen zu beleuchten und die Möglichkeiten aufzuzeigen, den Eintritt von Verjährung und Verwirkung von Ansprüchen zu verhindern. Dies geschieht anhand von Fallbeispielen aus der aktuellen Rechtsprechung. Kommunale Geldforderungen können sowohl auf öffentlichem als auch auf privatem Recht beruhen. Sowohl die Verjährung als auch die Verwirkung dieser Ansprüche haben zur Folge, dass sie nicht mehr durchsetzbar sind. Allerdings ist die Verjährung von Geldforderungen im Zivilrecht gänzlich anders geregelt als im Abgabenrecht oder im Ordnungswidrigkeitenrecht. Die Verwirkung von Ansprüchen ist dagegen gesetzlich gar nicht geregelt, sondern Ausfluss der Rechtsprechung und aus dem Grundsatz des Vertrauensschutzes des § 242 BGB (Treu und Glauben) abgeleitet. Der Ablauf von Ausschlussfristen führt sogar gänzlich zur Rechtsvernichtung. Fragestellungen können vor Seminarbeginn beim Kommunalen Bildungswerk e. V. eingereicht werden.

Schwerpunkte:

- Verjährung privatrechtlicher Geldforderungen (Fristen, Hemmung, Neubeginn, Wirkung), Ausschlussfristen, Verwirkung von Ansprüchen
- Festsetzungs- und Zahlungsverjährung im Abgabenrecht (Hemmung, Unterbrechung, Wirkung)
- Vollstreckungsverjährung im Ordnungswidrigkeitenrecht

- Verjährung im Sozialrecht (insbesondere Rückforderungsansprüche nach SGB)
- Verwirkung von Ansprüchen im öffentlichen Recht
- Insolvenzverfahren und Verjährung

Zielgruppe: Beschäftigte der öffentlichen Verwaltungen, die mit der Durchsetzung kommunaler Geldforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: §§ 194 - 218 BGB (Abschnitt 5 Verjährung); §§ 228 - 232 AO; §§ 34, 107 OWiG; § 45 SGB I; §§ 50, 52 SGB X

Dozent: Herr Peter Rothfuss, Ass.jur., Stadtrechtsdirektor a. D., erfahrener Vollstreckungsrechtler

Vollstreckung von Bußgeldbescheiden

Fachseminar

- 18.11.2025 (Berlin)
18.03.2026 (Berlin)
18.11.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB268N>
Code: VLB268N * 295,00 Euro
Code: VLB268N * 295,00 Euro
Code: VLB268N * 295,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, in die von der Verwaltungsvollstreckung erheblich abweichende bußgeldrechtliche Vollstreckung einzuführen. Dabei werden auch die in der Vollzugspraxis immer bedeutsameren Schwierigkeiten während eines Insolvenzverfahrens des:der Schuldner:in berührt. Jobcenter und Arbeitsagenturen sind zunehmend selbst für die Vollstreckung ihrer Bußgeldbescheide zuständig. Das zusätzliche Verfahren stellt die Beschäftigten vor neue fachliche Anforderungen. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Seminar auch für diese Zielgruppe empfohlen. Die gesetzliche Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs im Bußgeldverfahren wird im Seminar berücksichtigt.

Schwerpunkte:

- Zuständigkeitsabgrenzung zwischen Verwaltungsbehörde - Vollstreckungsbehörde - Vollziehungsbehörde
- Rechtskraft als allgemeine Vollstreckungs voraussetzung (§ 89 OWiG), Folgen von Zustellungsmängeln (§ 51 OWiG)
- Verrechnung von Teilleistungen (§ 94 OWiG)
- Zahlungserleichterungen (§§ 18, 93 OWiG)
- Unauffindbarkeit des:der Vollstreckungsschuldner:in
- Vollstreckung in EU-Mitgliedsländern und sonstigem Ausland
- Vollstreckungsmaßnahmen (Sach- und Forderungspfändung, Vermögensauskunft)
- Erzwingungshaftverfahren (§ 96 OWiG)
- Vollstreckung gegen Jugendliche und Heranwachsende (§ 98 OWiG)
- Vollstreckungsverjährung (§ 34 OWiG)
- Vollstreckung trotz Insolvenzverfahrens
- Vollstreckung gegen juristische Personen
- Vollstreckung in den Nachlass (§ 101 OWiG)
- Elektronischer Rechtsverkehr im Bußgeldverfahren

Zielgruppe: Beschäftigte aus Vollstreckungsstellen oder Kassen sämtlicher Behörden, insbesondere auch aus Jobcentern. Vorausgesetzt werden Kenntnisse der Verwaltungsvollstreckung. Das Seminar ist nicht für Vollziehungsbedienstete gedacht.

Dozent: Herr Raimund Wieser, Richter am Amtsgericht i. R.

Vollstreckung von Geldbußen durch Jobcenter - Fachliche Weisungen der BA 2023/2025

Fachseminar

- 05.11.2025 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-SOB065V>
Code: SOB065V * 295,00 Euro

Das praxiorientierte Seminar erläutert alle rechtlichen Möglichkeiten, Geldbußen schnell, effektiv und ohne zusätzliche Kosten zu vollstreken und damit der ernsten Pflichtenmahnung an die Betroffenen Nachdruck zu verleihen.

Schwerpunkte:

- Jobcenter (Agentur für Arbeit), Inkassoservice und Hauptzollämter
- Verwaltungsvollstreckung - Forderungs- und Mobilialpfändung
- Unauffindbarkeit des Vollstreckungsschuldners
- Vollstreckung im Ausland (EU-Staaten und sonstiges Ausland)
- Anordnung der Erzwingungshaft und Umwandlung der Geldbuße in Auflagen
- Berechnung der Vollstreckungsverjährung
- Verbraucher- und Regelinolvenzverfahren, Restschuldbefreiungsverfahren
- Vollstreckungsverbote, Rückschlagsperre und Anfechtung durch Insolvenzverwalter
- Geldbußen vor und nach dem Eröffnungsbeschluss

Zielgruppe: Beschäftigte von Jobcentern und Agenturen für Arbeit, die über Grundkenntnisse der Vollstreckung verfügen und diese unter Berücksichtigung der fachlichen Weisungen der BA optimieren wollen

Dozent: Herr Raimund Wieser, Richter am Amtsgericht i. R.

Unterhaltsansprüche - gerichtliche Durchsetzung und Zwangsvollstreckung durch Sozialverwaltung und Jobcenter

Workshop

- 24.11. - 25.11.2025 (Hamburg)
- 20.04. - 21.04.2026 (Berlin)
- 14.09. - 15.09.2026 (Berlin)
- 23.11. - 24.11.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-SOE030N>
 Code: SOE030N * 450,00 Euro
 Code: SOE030N * 395,00 Euro
 Code: SOE030N * 395,00 Euro
 Code: SOE030N * 395,00 Euro

Ziel des Workshops ist es praxisnah zu erläutern, wie sich ein bestehender (Unterhalts-)Anspruch - unter Einbeziehung aktueller Änderungen im FamFG, im Unterhalts- und Sozialrecht sowie in der Rechtsprechung - in einem Verfahren vor dem Amtsgericht durchsetzen lässt. Neben den formellen Erfordernissen wird grundlegend herausgearbeitet, worauf bei der gerichtlichen Durchsetzung der Ansprüche - unter Kosten- und Verfahrensgesichtspunkten - zu achten ist. Innerhalb des Workshops besteht Gelegenheit, konkrete Fälle und Fragen der Teilnehmenden zu bearbeiten. Es wird gebeten, diese vorab beim Kommunalen Bildungswerk e. V. einzureichen.

Schwerpunkte:

Der Weg bis zum Titel

- Gerichtliche Durchsetzung der Ansprüche nach FamFG im Mahnverfahren und im Verfahren vor dem Amtsgericht: Zuständigkeiten; Antragsschriften; Darlegungs- und Beweislast, insb. bei eingeschränkter Leistungsfähigkeit
- Durchsetzungsmöglichkeiten der öffentlich-rechtlichen und der BGB-Auskunftsplicht - auch über Einkünfte des:der Ehegatt:in - erforderlichenfalls im familiengerichtlichen Verfahren
- Unterhalt für die Vergangenheit: Verjährung und Verwirkung der Ansprüche; rechtswahrende Mitteilung
- Besondere Verfahrensarten: vereinfachtes Verfahren; Abänderungs- und einstweiliges Anordnungsverfahren
- Anspruchsübergang gem. SGB II, VIII und XII sowie UVG bei fiktiver Leistungsfähigkeit eines gesteigert Unterhaltspflichtigen
- Selbsthilfe und Rückübertragung des Anspruchs auf den:die Leistungsempfänger:in zur gerichtlichen Geltendmachung
- Zusammenarbeit mit Leistungsempfänger:in/Rechtsanwalt:in/Beistand:in/Unterhaltsvorschusskasse und Sozialverwaltung bei der gerichtlichen Durchsetzung
- Verfahrenskostenhilfe und Kostenpflicht der Behörde

Wie geht es mit dem Titel weiter?

- Praxis der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
- (Privilegierte) Durchsetzung der Unterhaltsforderungen im Rahmen der Zwangsvollstreckung, Titelherausgabe, Vollstreckungsklausel, Einziehungsermächtigung und Titelumschreibung
- Zwangsvollstreckung durch Gerichtsvollzieher:in: Auftrag; Verfahren; (Vor-)Pfändung; eidesstattliche Versicherung
- Forderungspfändung über das Vollstreckungsgericht: Pfändungsfreiraumgrenzen und Pfändungsprivileg; verschleiertes Arbeitseinkommen; Kontopfändungen
- Anmeldung und Strategie im Insolvenzverfahren
- Drittchildnerpflichten und deren Haftung

Zielgruppe: Beschäftigte aus SGB II-Behörden und Sozial- und Jugendverwaltungen sowie aus Rechtsämtern, die mit der Durchsetzung übergegangener Ansprüche befasst sind; sonstige Interessierte, z. B. Beschäftigte aus Rechnungsprüfungsämtern, Rechtsanwält:innen

Mitzubringende Arbeitsmittel: Taschenrechner, Textausgaben: BGB, SGB II, SGB XII, UntVorschG, ZPO, FamFG sowie Leitlinien des jeweiligen Oberlandesgerichts

Dozent: Herr Ulrich Lammers, StVD, Dipl.-Verwaltungswirt

Kindesunterhalt: Zwangsvollstreckungsrecht für Beiständ:innen - Realisierung von Auskunfts- und Unterhaltsansprüchen (inkl. neuer Formulare ab dem 01.09.25) (*Neu*)

Workshop

- 19.01. - 21.01.2026 (online)
- 31.08. - 02.09.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-JUB048A>
 Code: JUB048A * 550,00 Euro
 Code: JUB048A * 550,00 Euro

Im Rahmen der Führung einer Beistandschaft sind Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unumgänglich, sodass die Fachkräfte über fachspezifisches Wissen verfügen müssen. Das Ziel dieses Seminars besteht in der systematischen Vermittlung von grundlegenden und umfassenden Kenntnissen der Zwangsvollstreckung. Es richtet sich an Beschäftigte der Beistandschaft, die mit der Zwangsvollstreckung befasst sind. Die Besprechung der neuen Formulare ab dem 01.09.2023 ist ebenfalls Gegenstand des Seminars. Es werden Wissen und praxisnahe Fähigkeiten vermittelt, die im beruflichen Alltag angewendet werden können. Typische Fehlerquellen in der Sachbearbeitung werden identifiziert und Methoden zur ordnungsgemäßen Auftragserledigung im Rechtsgebiet erörtert. Die Teilnehmenden erhalten ein Handout mit Formulierungshilfen, Verweisen auf aktuelle Rechtsprechung und Fundstellen in Kommentaren als Argumentationsgrundlage für den täglichen Einsatz. Fragen und Erfahrungen der Teilnehmenden sind ausdrücklich erwünscht und bereichern die Lerninhalte. Das Seminar orientiert sich an der aktuellen Gesetzgebung, der Rechtsprechung sowie abgeschlossenen Gesetzgebungsverfahren, gegebenenfalls mit Ausblick auf bevorstehende Änderungen.

Schwerpunkte:

- Einführung in die Systematik der Zwangsvollstreckung
- Vollstreckungsgorgane (sachliche, örtliche und funktionale Zuständigkeiten)
- Kosten der Zwangsvollstreckung vs. Prozesskostenhilfe
- Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen einschließlich Abgabe der Vermögensauskunft: Auftragerteilung an die Gerichtsvollzieher:innen; Verfahrensablauf; Kosten
- Zwangsvollstreckung in Forderungen der Schuldner:innen Antragstellung beim Vollstreckungsgericht (Pfändungs- und Überweisungsbeschluss); Verfahrensablauf; Kosten
- Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen: Antragstellung beim Grundbuchamt; (Zwangssicherungshypothek, Zwangsversteigerung, Zwangsverwaltung); Verfahrensablauf; Kosten
- Zwangsvollstreckung einer unvertretbaren Handlung: Antragstellung beim Prozessgericht (Zwangsmittelbeschluss); Vollstreckungsauftrag bei den Gerichtsvollzieher:innen Verfahrensablauf; Kosten
- Prozesskostenhilfe für die Zwangsvollstreckung
- Strafverfahren als Mittel der Zwangsvollstreckung
- Auswirkungen der Verbraucherinsolvenz: Vollstreckungsverbot; Zurückweisung von Rückforderungsansprüchen; Antragstellung Insolvenzanmeldung mit Versagung der Restschuldbefreiung; Verfahrensablauf
- Schutzschrift

Zielgruppe: Fachkräfte der Beistandschaft und Unterhaltsvorschusskassen

Dozentin: Doris Platten, Rechtsfachwirtin, Berufsbeistandin

Betreute als Schuldner und Gläubiger - Handlungsstrategien und Interventionsmöglichkeiten

Spezialseminar

17.11.2025 (online)
05.05.2026 (online)
04.11.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-BEE030>

Code: BEE030 * 270,00 Euro
Code: BEE030 * 270,00 Euro
Code: BEE030 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, die Teilnehmenden mit dem Schuld- und Insolvenzrechts anhand von praktischen Fallbeispielen vertraut zu machen. Dabei wird der Weg einer Forderung von der ersten Mahnung bis zu den Möglichkeiten der Zwangsvollstreckung und der entsprechenden Intervention erarbeitet. Es werden praktisch erprobte Lösungswege aufgezeigt und ein Überblick über die Grundlagen der Schuldenregulierung mit und ohne Insolvenz gegeben. Zugleich werden die Teilnehmenden befähigt, die Interessenlage der Gläubiger:innen einzuschätzen. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Betreuten selbst als Gläubiger:innen in Erscheinung treten. Fallbeispiele aus der Praxis der Schuldnerberatung werden die aufzuzeigenden Wege und Auswege verdeutlichen.

Schwerpunkte:

- Was ist Überschuldung?
- Möglichkeiten der Sicherung des notwendigen Lebensbedarfs
- Ermittlung der Gläubiger:innen
- Handlungsstrategien bei Schulden der Betreuten bzw. Ratsuchenden
- Prüfen der Forderung: Inkasso und Verjährung
- Der Weg einer Forderung von der ersten Mahnung bis zu den Pfändungsmöglichkeiten (z.B. Kontopfändung, Lohnpfändung)
- Mahnverfahren: vom Mahnbescheid bis hin zur Vermögensauskunft
- Abwehr von Maßnahmen der Zwangsvollstreckung; Pfändungsschutz; Pfändungsschutzkonto
- Interventionsmöglichkeiten bei Primär- und Sekundärschulden
- Schuldenregulierungsmöglichkeiten mit und ohne Insolvenz
- Überblick über das Verbraucherinsolvenzverfahren/Reform der Insolvenzordnung
- Ablauf des Insolvenzverfahrens / Restschuldbefreiungsverfahren

Zielgruppe: Beschäftigte von Betreuungsbehörden und -vereinen, Berufsbetreuer:innen, Beschäftigte aus Schuldnerberatungsstellen, aus Jugendämtern; Sozialarbeiter:innen von Heimen; aus sozialen Einrichtungen und sonstige Interessierte

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, ZPO, SGB II und XII, InsO (keine zwingende Voraussetzung)

Dozentin: Frau Claudia Helbig, Schuldner- und Insolvenzberaterin, Dipl.-Sozialpädagogin

Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen (Vollstreckung von Verwaltungsakten)

Spezialseminar

15.09. - 16.09.2025 (Berlin)
10.03. - 11.03.2026 (Berlin)
15.09. - 16.09.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VRA080>

Code: VRA080 * 395,00 Euro
Code: VRA080 * 395,00 Euro
Code: VRA080 * 395,00 Euro

Häufig stehen insbesondere Beschäftigte von Kommunalverwaltungen bzw. kommunalen Zweckverbänden vor dem Problem, dass Bürger:innen oder Firmen amtlich erteilten Anordnungen nicht nachkommen. Oft betrifft dies Verwaltungsakte der Ordnungs-, Umwelt-, Bauordnungs-, Straßenverkehrs-, Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelämter. Die amtlichen Anordnungen können dabei ein bestimmtes Handeln der Adressat:innen bezeichnen, aber auch ein Unterlassen einfordern bzw. die Duldung bestimmter behördlicher Maßnahmen. Für die Fälle, in denen Bürger:innen belastende Verwaltungsakte nicht freiwillig vollziehen, gibt es verschiedene Möglichkeiten, den

Verwaltungsakt auch gegen den Willen des:der pflichtigen Bürger:in durchzusetzen. Dies sind die Mittel des Verwaltungszwangs. Im Seminar werden systematisch die Rechtsgrundlagen der Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen durch die Verwaltung vermittelt. Darauf aufbauend werden die Teilnehmenden mit dem praktischen Handwerkszeug der Verwaltungsvollstreckung von Verwaltungsakten vertraut gemacht.

Schwerpunkte:

- Verwaltungszwang und die Grundsätze des Verwaltungshandelns
- Anwendungsbereiche behördlicher Zwangsmaßnahmen
- Die einzelnen Zwangsmittel und die Voraussetzungen ihrer Anwendung, Ersatzvornahme
- Zwangsgeld, Zwangshaft, Ersatzvornahme, unmittelbarer Zwang
- Zuständige Behörde für Verwaltungszwang - unterschiedliche Fallgestaltung
- Vollstreckbarkeit des Ausgangsverwaltungsakts, insbesondere Anfechtung und Anordnung der sofortigen Vollziehung
- Verfahren des Verwaltungszwangs/Formvorschriften
- Kostenerhebung
- Folgen von Verfahrens- und Formfehlern
- Möglichkeiten für Verwaltungszwang ohne Ausgangsverwaltungsakt

Zielgruppe: Mit der zwangsweisen Durchsetzung von Verwaltungsakten beauftragte Bedienstete von Kommunalverwaltungen, insbesondere aus Ordnungsämtern, Umweltämtern, Bauordnungsämtern, Straßenverkehrsämtern, Veterinär- und Lebensmittelämtern, Gesundheitsämtern sowie weitere Kommunalbedienstete, die interessiert sind, ihre Rechtskenntnisse auf diesem Gebiet zu vervollkommen

Mitzubringende Arbeitsmittel: VwVG

Dozent: Herr Hans-Ulrich Seidel, Leitender Kreisrechtsdirektor, Autor eines Buchs zum Schornsteinfegerhandwerk

Insolvenzrecht

Systematische Einführung in die Insolvenzordnung

Einführungssseminar

23.09.2025 (online)
24.06.2026 (online)
07.10.2026 (online)

<https://www.kbw.de/VLB027>
Code: VLB027 * 270,00 Euro
Code: VLB027 * 270,00 Euro
Code: VLB027 * 270,00 Euro

In diesem Seminar wird ein Überblick über die Insolvenzordnung vermittelt. Methodisch wechseln sich Vortrag, Diskussion und Fallbeispiele ab. Die Teilnehmenden werden in die Lage versetzt, das Insolvenzverfahren (Regel- und Verbraucherinsolvenz) dem zeitlichen Ablauf entsprechend einzurichten, und lernen einige wesentliche Bestandteile wichtiger Verfahrensstände kennen. Auswirkungen für die Kommunalverwaltungen, insbesondere das Verhalten der Kasse (Zahlungsabwicklung) zur Durchsetzung von Ansprüchen mittels Forderungsanmeldung, aber auch im Hinblick auf Bescheiderlass sind ebenfalls Bestandteil dieses Seminars.

Schwerpunkte:

- Ablauf Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren
- Forderungsarten und Gläubigerarten im Insolvenzverfahren
- Wirkung des Eröffnungsbeschlusses
- Kurzüberblick Vollstreckungsverbot im Verfahren sowie in der Wohlverhaltensphase
- Restschuldbefreiungsverfahren
- Auswirkungen des Verfahrens auf die Kommunalverwaltung

Zielgruppe: Beschäftigte im Bereich der Kasse (Zahlungsabwicklung) sowie im Bereich der Verwaltungszwangsvollstreckung (Vollstreckungsbehörde); sonstige Interessierte am Insolvenzverfahren. Vorkenntnisse sind wünschenswert, jedoch nicht zwingend Voraussetzung.

Mitzubringendes Arbeitsmittel: Aktuelle InsO

Dozent: Herr Eric Hornickel, Kassenverwalter und Leiter der Vollstreckungsbehörde einer Finanzservicestelle

Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht

Spezialseminar

17.06.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB050Z>
Code: VLB050Z * 270,00 Euro

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat entscheidenden Einfluss auf die Praxis des Insolvenzverfahrens. Für Außenstehende sind die Neuerungen kaum zu überschauen. Im Seminar werden wesentliche aktuelle Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zu den nachfolgenden Schwerpunkten vorgestellt. Daneben wird ein Überblick über das Verfahren der Forderungsanmeldung und Feststellung gegeben. Eine Vermittlung von Grundlagen des Insolvenzrechts kann in diesem Rahmen nicht erfolgen.

Schwerpunkte:

- Neuere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Insolvenzanfechtung, Aus- und Absonderung, Verbraucherinsolvenzverfahren, Versagung der Restschuldbefreiung
- Wichtige aktuelle Entwicklungen
- Überblick: Forderungsanmeldung und -feststellung nach §§ 174 ff. InsO

Zielgruppe: Beschäftigte kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsbehörden; Beschäftigte von Rechtsämtern; sonstige Interessierte. Sichere Kenntnisse des Insolvenzrechts werden vorausgesetzt.
Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, BGB
Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Systematische Einführung in das Regelinsolvenzverfahren

Fachseminar

16.12.2025 (online)
 19.05.2026 (Berlin)
 15.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB025A>

Code: VLB025A * 270,00 Euro
 Code: VLB025A * 270,00 Euro
 Code: VLB025A * 270,00 Euro

Das Thema Unternehmensinsolvenzen ist nach wie vor aktuell. Von Forderungsausfällen sind regelmäßig auch Kommunen und Länder betroffen. Das Seminar wendet sich an Behördenmitarbeiter:innen ohne Vorkenntnisse, aber auch an Beschäftigte, die bereits über Erfahrungen bei der Bearbeitung von Verfahren mit insolventen Schuldner:innen verfügen. Ausführlich wird der Ablauf eines Regelinsolvenzverfahrens besprochen. Eingegangen wird auch auf die Mitwirkungsrechte der Gläubiger:innen im Regelinsolvenzverfahren sowie auf Vollstreckungsmöglichkeiten für die Behörden aufgrund von sogenannten Neuschulden während des Verfahrens. Die aktuelle Rechtsprechung zu den jeweiligen Schwerpunkten wird detailliert erläutert. Probleme und Fragen der Teilnehmenden werden ausführlich im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs behandelt.

Schwerpunkte:

- Unternehmen in Krise und Insolvenz
- Beantragung durch den:die Gläubiger:in oder Eigenantrag
- Sicherungsmaßnahmen des Gerichts vor Eröffnung; Nichteröffnungsgründe
- Forderungsanmeldung im eröffneten Verfahren
- Öffentlich-rechtliche Forderungen in der Insolvenz
- Massekosten, Masseschulden
- Absonderung, Aussonderung
- Abwicklung von Verträgen im eröffneten Insolvenzverfahren
- Grundzüge der Insolvenzanfechtung
- Mitspracherechte der Gläubiger:innen im Gläubigerausschuss und der Gläubigerversammlung
- Beteiligung an Insolvenzplänen im Rahmen von Sanierung oder übertragender Sanierung

Zielgruppe: Beschäftigte der Verwaltung, die Forderungen der öffentlichen Hand betreiben; Jugendämter, Sozialämter, Wirtschafts- und Rechnungsprüfungsämter; weitere Interessierte. Vorkenntnisse im Insolvenzrecht sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO in der aktuellen Fassung

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung zum Insolvenzrecht

Spezialseminar

17.06.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB050Z>

Code: VLB050Z * 270,00 Euro

Die höchstrichterliche Rechtsprechung hat entscheidenden Einfluss auf die Praxis des Insolvenzverfahrens. Für Außenstehende sind die Neuerungen kaum zu überschauen. Im Seminar werden wesentliche aktuelle Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zu den nachfolgenden Schwerpunkten vorgestellt. Daneben wird ein Überblick über das Verfahren der Forderungsanmeldung und Feststellung gegeben. Eine Vermittlung von Grundlagen des Insolvenzrechts kann in diesem Rahmen nicht erfolgen.

Schwerpunkte:

- Neuere Entscheidungen des Bundesgerichtshofs zur Insolvenzanfechtung, Aus- und Absonderung, Verbraucher-insolvenzverfahren, Versagung der Restschuldbefreiung
- Wichtige aktuelle Entwicklungen
- Überblick: Forderungsanmeldung und -feststellung nach §§ 174 ff. InsO

Zielgruppe: Beschäftigte kommunaler Behörden, von Krankenhäusern, Krankenkassen, Eigenbetrieben und Tochterunternehmen, die mit der Geltendmachung von Forderungen im Insolvenzverfahren befasst sind; Prüfungsbehörden; Beschäftigte von Rechtsämtern; sonstige Interessierte. Sichere Kenntnisse des Insolvenzrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, BGB

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Insolvenzantragstellung - weshalb, wie und mit welchen Folgen

Fachseminar

Termine auf Anfrage

<https://www.kbw.de/-VLB029>

Code: VLB029 * 270,00 Euro

Das Seminar erläutert die wesentlichen Vorteile einer Insolvenzantragstellung für Gläubiger. Begonnen wird mit den Anforderungen an die Insolvenzantragstellung und dem Ablauf des Insolvenzeröffnungsverfahrens. Vollstreckungsmöglichkeiten und -einschränkungen werden dargestellt. Sodann folgt mit dem Abschnitt "Eröffnetes Verfahren" eine Schwerpunktsetzung auf die verschiedenen Formen der Forderungsanmeldung und der Beteiligung von Gläubigern am Insolvenzverfahren.

Schwerpunkte:

- Insolvenzantragstellung - wann, wo und wie (richtig)?
- Ablauf des Insolvenzeröffnungsverfahrens
- Beteiligungsmöglichkeiten für Gläubiger im Eröffnungsverfahren - Auswahl des Insolvenzverwalters/der Insolvenzverwalterin
- Sicherungsmaßnahmen und Vollstreckungseinschränkungen
- Ablauf des eröffneten Insolvenzverfahrens
- Forderungsanmeldungen - die verschiedenen Formen: Insolvenzgläubiger, Absonderungsberechtigte, Forderungen aus vorsätzlich unerlaubter Handlung, Neugläubiger
- Kontrollmöglichkeiten der Tätigkeit des Insolvenzverwalters/der Insolvenzverwalterin
- Kompetenzen von Gläubigerausschuss und Gläubigerversammlung
- Quotenerwartungen und Quotenerhöhungen

Zielgruppe: Sämtliche mögliche Gläubigergruppen, Vertreter:innen von Gläubigern, Vollstreckungsabteilungsmitarbeiter:innen

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Frank Frind, Richter am Amtsgericht (Insolvenzgericht), Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Insolvenzgerichte

Beachten Sie bitte auch das folgende Online-Seminar:

Besonderheiten der Freiberuflerinsolvenz

Online-Seminar
12.05.2026

<https://www.kbw.de/-WEVLB045X>
Code: WEVLB045X * 145,00 Euro

Systematische Einführung in die Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz - Ablauf, Verfahren, Intervention

Fachseminar

17.12.2025 (online)
20.05.2026 (Berlin)
16.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB025B>
Code: VLB025B * 270,00 Euro
Code: VLB025B * 270,00 Euro
Code: VLB025B * 270,00 Euro

Die Themen Restschuldbefreiung und Verbraucherinsolvenz sind nach wie vor aktuell. Von Forderungsausfällen sind regelmäßig auch Kommunen, Landkreise und Länder betroffen. Das Seminar wendet sich an Behördenmitarbeiter:innen ohne Vorkenntnisse, aber auch an Beschäftigte, die bereits über Erfahrungen bei der Bearbeitung von Verfahren mit insolventen Schuldner:innen verfügen. Ausführlich wird auf den Ablauf des Verfahrens bis zur Erteilung der Restschuldbefreiung eingegangen. Besprochen werden auch die Zwangsvollstreckung im laufenden Eröffnungsverfahren, die Mitwirkungsrechte der Gläubiger:innen im Verbraucherinsolvenzverfahren und in der sogenannten Wohlverhaltensperiode sowie Vollstreckungsmöglichkeiten für die Behörde aufgrund von sogenannten Neuschulden während des Verfahrens. Die Möglichkeiten der Versagung der Restschuldbefreiung bei Unredlichkeit des:der Schuldner:in sind weitere Schwerpunkte des Seminars. Auf die aktuelle Rechtsprechung wird detailliert eingegangen. Probleme und Fragen der Teilnehmenden werden ausführlich im Rahmen eines Erfahrungsaustauschs behandelt.

Schwerpunkte:

- Verhalten des:der Gläubiger:in in der außergerichtlichen Schuldenbereinigung
- Eigenantrag des:der Schuldner:in und Stundung der Verfahrenskosten
- Gerichtliche Schuldenbereinigung
- Verbraucherinsolvenzverfahren und vereinfachtes Insolvenzverfahren mit Forderungsanmeldung
- Wohlverhaltensperiode; Versagung der Restschuldbefreiung
- Forderungen, die nicht an der Restschuldbefreiung teilnehmen (Bußgelder, Unterhalt)
- Vollstreckungsmöglichkeiten für Unterhalt trotz laufender Insolvenz

Zielgruppe: Beschäftigte der Verwaltung, die Forderungen der öffentlichen Hand beitreiben (u. a. von Jugendämtern, Sozialämtern, Wirtschafts- und Rechnungsprüfungsämtern); weitere Interessierte. Vorkenntnisse im Insolvenzrecht sind nicht erforderlich.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO in der aktuellen Fassung

Dozent: Herr Mirko Jachmann, Rechtsanwalt

Beachten Sie bitte die folgenden Online-Seminare:

Fokus Vorsatzanfechtung - § 133 InsO

Online-Seminar 25.09.2025 12.05.2026 22.09.2026	https://www.kbw.de/-WEVLB038 Code: WEVLB038 * 200,00 Euro Code: WEVLB038 * 200,00 Euro Code: WEVLB038 * 200,00 Euro
--	---

Insolvenzanfechtung aus Gläubigersicht - Einführung in die Rechtsthematik

Online-Seminar 04.11.2025 01.07.2026 03.11.2026	https://www.kbw.de/-WEVLB044 Code: WEVLB044 * 200,00 Euro Code: WEVLB044 * 200,00 Euro Code: WEVLB044 * 200,00 Euro
--	---

Insolvenzanfechtung - Verteidigungsstrategien für öffentlich-rechtliche Gläubiger:innen

Spezialseminar

07.10.2025 (Berlin) 12.03.2026 (Berlin) 06.10.2026 (Berlin)	https://www.kbw.de/-VLB047 Code: VLB047 * 270,00 Euro Code: VLB047 * 270,00 Euro Code: VLB047 * 270,00 Euro
---	---

Das insolvenzrechtliche Anfechtungsrecht ist eines der "Hauptwerkzeuge" des:der Insolvenzverwalter:in zur Generierung von Masse. Deshalb gehört seine Kenntnis zum Pflichtprogramm jedes:jeder Gläubigervertreter:in. Der Gesetzgeber hat 2017 die Kernnormen des Anfechtungsrechts reformiert, das Insolvenzanfechtungsrecht bleibt weiterhin ganz maßgeblich durch die Rechtsprechung geprägt. Im Seminar dargestellt werden Vorsorge- und Verteidigungsmöglichkeiten bei der Entgegennahme von Zahlungen eventuell „notleidender“ Schuldnerunternehmen und die richtige Vorgehensweise in Vorbereitung und Führung des Anfechtungsprozesses. Eingebunden ist die aktuelle Rechtsprechung des BGH in den wichtigsten insolvenzanfechtungsrechtlichen Themenfeldern unter Einbeziehung der Reform des Jahres 2017.

Schwerpunkte:

Die wichtigsten praktischen Problemfelder im „Drei-Monats-Anfechtungszeitraum“ (§§ 130,131 InsO)

- Anfechtungsrecht in Verfahren mit EuInsVO-Bezug
- Darstellung der Zahlungsunfähigkeit im Anfechtungsprozess
- Richtiges Verhalten des:der Gläubiger:in bei Ratenzahlungen
- Beweislastprobleme und Indizervermeidung bei möglicher Zahlungsunfähigkeit des:der Schuldner:in
- Zuordnung und Verantwortungsbereich für Kenntnis von anfechtungsrelevanten Indizien

Neue Tendenzen bei der Vorsatzanfechtung (§ 133 InsO)

- Verteidigungseinwand „Bargeschäft“
- Verteidigungseinwand „nicht unlauter“
- Verteidigungseinwand „Sanierungsperspektive“

Die Anfechtung bei Drittzahlungen und gegenüber Dritten und Treuhänder:innen - die Wertlosigkeit von Forderungen und die Schenkungsanfechtung

- Anfechtung im Dreiecksverhältnis
- Verteidigungseinwand „Zweckbestimmung“

Zielgruppe: Vertreter institutionalisierter Gläubiger:innen (z. B. öffentliche Kassen, Sozialversicherungsträger, Finanzämter, Vermieter:innen, Energielieferanten, Krankenkassen). Grundkenntnisse im Insolvenzanfechtungsrecht werden vorausgesetzt.

Dozent: Herr Frank Frind, Richter am Amtsgericht (Insolvenzgericht), Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Insolvenzgerichte

Abwehr unberechtigter Ansprüche des:der Insolvenzverwalter:in bei Insolvenzanfechtungen, insbesondere Vorsatzanfechtung

Fachseminar

26.09.2025 (online) 25.03.2026 (Berlin) 07.12.2026 (online)	https://www.kbw.de/-VLB041 Code: VLB041 * 270,00 Euro Code: VLB041 * 270,00 Euro Code: VLB041 * 270,00 Euro
---	---

In dem Seminar erwerben die Teilnehmenden Sicherheit im Umgang mit Forderungsschreiben von Insolvenzverwalter:innen nach §§ 129, 133 InsO unter besonderer Berücksichtigung der Vorsatzanfechtung. Die Rechtsprechung des BGH und die sich daraus ergebenden Indizienketten werden im Hinblick auf mögliche Abwehrstrategien erläutert. Es besteht die Gelegenheit für Fragestellungen und Diskussion.

Schwerpunkte:

- Grundlagen der Insolvenzanfechtung
- Grundlagen der Rechtsprechung des BGH zur sog. Vorsatzanfechtung nach § 133 Abs. 1 InsO
- Aktuelle Rechtsprechung zu anderen Anfechtungstatbeständen
- Ausblick auf mögliche Gesetzesänderungen
- Strategien zur Abwehr unberechtigter Anfechtungsansprüche; Formulierungshilfen und Argumentationsanleitungen

Zielgruppe: Kommunale Kassenverwalter:innen sowie die Beschäftigten; Finanzabteilungen, Kämmereien, Beschäftigte von Finanzämtern und Krankenkassen

Dozent: Herr Frank Siebert, Rechtsanwalt, Schwerpunkt Insolvenzrecht

Kommunale Ansprüche im Insolvenzverfahren

Spezialseminar	https://www.kbw.de/-VLB045
17.11.2025 (Berlin)	Code: VLB045 * 270,00 Euro
21.04.2026 (Berlin)	Code: VLB045 * 270,00 Euro
16.11.2026 (Berlin)	Code: VLB045 * 270,00 Euro

Zahlungsunfähigkeit und Insolvenz betreffen immer mehr auch Kommunen als Gläubigerin. Sowohl bei kommunalen Abgaben als auch bei Bußgeldern und sonstigen Forderungen drohen den Kommunen wegen der Insolvenz der Schuldner Ausfälle. In dem Seminar werden die Grundzüge des Insolvenzrechts vermittelt sowie Wege aufgezeigt, kommunale Ansprüche bereits im Vorfeld einer Insolvenz sicher durchzusetzen und im Insolvenzverfahren geltend zu machen, damit Forderungsausfälle vermieden werden können. Erörtert werden insbesondere Fragen zum Rang von Bußgeldern in § 39 Abs. 1 Nr. 3 InsO und ihre Behandlung in der Restschuldbefreiung sowie Fragen der Insolvenzanfechtung bei Zahlung oder Vollstreckung vor dem Insolvenzantrag. Berücksichtigt werden auch aktuelle Entwicklungen im Insolvenzrecht, insbesondere die seit 01.01.2021 geltenden Neuregelungen zur außergerichtlichen Sanierung von Unternehmen und zum Restschuldbefreiungsverfahren.

Schwerpunkte:

- Grundzüge des Insolvenzverfahrens; kommunale Ansprüche als Insolvenzforderungen, als Masseansprüche und als sogenannte Neuforderungen
- Abgesonderte Befriedigung wegen kommunaler Ansprüche insbesondere am Grundvermögen des:der Schuldner:in
- Durchsetzung von Massenforderungen gegen den:die Insolvenzverwalter:in (Inanspruchnahme als Haftungsschuldner:in)
- Sicherung und Geltendmachung von Forderungen im Vorfeld der Insolvenz bei Gefahr späterer Insolvenzanfechtung
- Anmeldung und Feststellung von Forderungen im Insolvenzverfahren, Bestreiten durch den:die Insolvenzverwalter:in, Erlass eines Feststellungsbescheids
- Durchsetzung von Bußgeldern und ähnlichen Forderungen gegen den:die Schuldner:in trotz Insolvenz
- Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung: Wann kann dem:der Schuldner:in die Restschuldbefreiung versagt werden?; Können bestimmte Forderungen hiervon ausgenommen werden?

Zielgruppe: Beschäftigte der Vollstreckungsbehörden, die mit dem Insolvenzverfahren befasst sind. Kenntnisse auf dem Gebiet des Vollstreckungsrechts werden vorausgesetzt.

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Prof. Ulrich Keller, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Beachten Sie bitte auch das folgende Online-Seminar:

Insolvenzrecht aus kommunaler Sicht - Grundlagen und Vertiefung

Online-Seminar	https://www.kbw.de/-WEVLB045
19.02.2026	Code: WEVLB045 * 200,00 Euro
30.06.2026	Code: WEVLB045 * 200,00 Euro

Haftung nach steuerlichen und außersteuerlichen Rechtsnormen sowie Anfechtungen nach dem AnfG. Aktuelle Rechtsprechung und Besonderheiten in der Insolvenz des:der Steuerschuldner:in

Spezialseminar	https://www.kbw.de/-STA140A
13.11. - 14.11.2025 (online)	Code: STA140A * 395,00 Euro

Ziel des Seminars ist die Vermittlung der nötigen Rechtskenntnis und Rechtssicherheit bei steuerlichen Haftungsfragen. Die Haftungsmöglichkeiten für die Steuerschuld eines anderen und die Anfechtungsmöglichkeiten nach dem AnfG, wenn der:die Schuldner:in sein:ihr Vermögen durch Weggabe dem Zugriff seiner:ihrer Gläubiger:innen entzieht, spielen in der Praxis eine wichtige Rolle. Dabei bereitet die Feststellung der tatbestandsrelevanten Sachverhalte erhebliche Schwierigkeiten, es kommt häufig zu Überschneidungen zwischen Steuerrecht, Zivil- und Insolvenzrecht. Anhand von Beispielen und Musterbescheiden werden im Seminar die tatbestandlichen Voraussetzungen von Haftungs- und Anfechtungsnormen vorgestellt sowie die Voraussetzungen für das Ergehen der Bescheide erörtert. Breiter Raum wird der Diskussion und der Behandlung der Fragestellungen der Teilnehmenden gewidmet. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Haftungsfragen bei der Grund- und Gewerbesteuer.

Schwerpunkte:

- Die Haftung im Steuerrecht (Zweck, Rechtsnatur und Arten der Haftung); gesetzliche und vertragliche Haftungsschuldsverhältnisse
- Die Zusammenarbeit zwischen festsetzender Stelle und Vollstreckungsbehörde
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Haftungsnormen, insbesondere Geschäftsführerhaftung nach § 69 AO
- Geltendmachung der Haftung durch Haftungsbescheid (§ 191 AO) und Klage (§ 192 AO)
- Erhebung der Haftungsschuld gemäß § 219 AO durch Zahlungsaufforderung im Haftungsbescheid
- Inanspruchnahme durch Duldungsbescheid

- Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen des:der Hauptschuldner:in (Rechtsstellung des:der vorläufigen Insolvenzverwalter:in mit und ohne Zustimmungsvorbehaltrecht sowie des:der vorläufigen Sachwalter:in im Insolvenzeröffnungsverfahren der vorläufigen Eigenverwaltung nach § 270b InsO „Schutzhilferechtsverfahren“)
- Vorstellung und Erörterung verschiedener Anfechtungsnormen nach dem AnFG (insbesondere § 3 Abs. 1 AnFG - vorsätzliche Gläubigerbenechtigung, § 3 Abs. 2 AnFG - entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen und § 4 AnFG - unentgeltliche Leistungen)
- Opportunität, Subsidiarität, Festsetzungsverjährung, Gesamtschuldnerschaft nach § 44 AO
- Ermessensüberlegungen und Ermessensentscheidung

Zielgruppe: Beschäftigte von Kommunalverwaltungen, die mit steuerlichen bzw. allgemeinen Haftungsfragen sowie mit der Festsetzung und Beitreibung von Steuern befasst sind; Beschäftigte von Prüfungsorganen

Mitzubringende Arbeitsmittel: BGB, HGB, AnfG, ZPO, AO, InsO

Dozentin: Frau Gudrun Schneider, Regierungsrätin a. D., ehemals Referat Abgabenordnung bei einem Landesfinanzministerium

Die Insolvenz - unterhaltsrechtliche Schwerpunkte

Spezialseminar

11.12.2025 (online)

11.06.2026 (online)

03.12.2026 (online)

<https://www.kbw.de/-VLB091>

Code: VLB091 * 270,00 Euro

Code: VLB091 * 270,00 Euro

Code: VLB091 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist es, den Teilnehmenden den grundlegenden Ablauf eines Insolvenzverfahrens zu vermitteln. Dabei werden entsprechende Besonderheiten sowie Antragsmöglichkeiten bei der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen aufgezeigt werden. Im Seminar besteht die Möglichkeit, individuelle Fragestellungen und Praxisfälle einzubringen. Es wird darum gebeten, diese spätestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn dem Kommunalen Bildungswerk e. V. per E-Mail einzureichen.

Schwerpunkte:

- Grundlagen des Insolvenzverfahrens
- Unterhaltsanspruch als Bestandteil der Insolvenz
- Unterhaltsansprüche außerhalb der Insolvenz
- Möglichkeiten nach erteilter Restschuldbefreiung

Zielgruppe: Beistand:innen, Beschäftigte der Unterhaltsvorschusskassen sowie der Jobcenter und Sozialämter

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO

Dozent: Herr Sebastian Limbach, Dipl.-Rechtspfleger, freiberuflicher Dozent mit Lehrauftrag

Die Auswirkungen eines Insolvenzverfahrens auf Unterhaltsansprüche

Spezialseminar

11.12. - 12.12.2025 (Berlin)

18.06. - 19.06.2026 (Berlin)

10.12. - 11.12.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/-VLB090>

Code: VLB090 * 395,00 Euro

Code: VLB090 * 395,00 Euro

Code: VLB090 * 395,00 Euro

Die Insolvenzordnung (InsO) ermöglicht dem:der sich wohlverhaltenden Unterhaltschuldner:in einen wirtschaftlichen Neubeginn. Durch den gesetzlichen Forderungsübergang nach § 7 UVG, § 94 SGB XII, § 33 SGB II werden die Beschäftigten der Sozial- und Jugendämter mit den Regelungen der InsO konfrontiert. Die sich aus der Verfahrenseröffnung ergebenden Rechtsfolgen haben erhebliche Auswirkungen auf den materiellen und formellen Bestand der Unterhaltsforderung. In dem Seminar werden praxisnah und unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung der Umgang mit Unterhaltsrückständen sowie die Zwangsvollstreckung künftig fällig werdender Unterhaltsansprüche während der Dauer des Verbraucherinsolvenzverfahrens dargestellt.

Schwerpunkte:

- Das Verbraucherinsolvenzverfahren (Verfahrensabläufe), insbesondere Abgrenzung der Verbraucher:innen- von der Regelinsolvenz
- Die Durchsetzung von Unterhaltsrückständen nach Maßgabe der InsO
- Die Restschuldbefreiung und ihre Folgen für den Unterhaltsanspruch
- Auswirkungen des Insolvenzverfahrens auf Maßnahmen der Einzelvollstreckung wegen Unterhalts, insbesondere Verbot der Einzelzwangsvollstreckung; Sicherungsmaßnahmen; Rückschlagsperre; Besonderheiten bei der Lohnpfändung

Zielgruppe: Beschäftigte der Sozial- und Jugendämter, Rechts- und Prüfungsämter der Landkreise, Städte sowie von Landes- bzw. Bundesverwaltungen, die bereits über Grundkenntnisse des Sozialhilferechts der Zwangsvollstreckung nach der ZPO sowie über praktische Erfahrungen verfügen; Beschäftigte bei Vollstreckungsbehörden, die mit der zwangsweisen Durchsetzung von Unterhaltsforderungen befasst sind

Mitzubringende Arbeitsmittel: InsO, ZPO (Gesetzestext)

Dozentin: Frau Prof. Brigitte Steder, Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Die Verfolgung Unterhaltpflichtiger im EU-Ausland, in der Türkei, in der Schweiz und in Nordamerika - anwendbares Recht, Vergleich der Rechtsordnungen und praktische Durchsetzung

Spezialseminar

26.11.2025 (Berlin)
23.06.2026 (Berlin)
25.11.2026 (Berlin)

<https://www.kbw.de/~JUC105>

Code: JUC105 * 270,00 Euro

Code: JUC105 * 270,00 Euro

Code: JUC105 * 270,00 Euro

Ziel des Seminars ist die Vermittlung eines Überblicks über die Unterhaltsregelungen des Internationalen Privatrechts (IPR) und das Aufzeigen von Wegen, wie unter Zuhilfenahme insbesondere staatlicher Stellen Unterhaltsansprüche im Ausland durchgesetzt werden können. Die Verfolgung Unterhaltpflichtiger über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus wird oft gescheut, um den angeblich großen Verwaltungsaufwand und die hohen Kosten zu vermeiden. Das Seminar soll Klarheit in dieser Thematik vermitteln.

Schwerpunkte:

- Die Regelungen zum anwendbaren Recht nach dem Haager Unterhaltsprotokoll vom 23.11.2007
- Die materiell-rechtlichen Regelungen der Unterhaltpflichten in ausgewählten Rechtsordnungen der Staaten im Überblick
- Die internationale gerichtliche Zuständigkeit, um Unterhaltstitel zu erwirken
- Die Durchsetzung bestehender Unterhaltsansprüche im Ausland: die multilateralen Abkommen und EU-Verordnungen zur Erleichterung der Anerkennung und Vollstreckung von Unterhaltsansprüchen; die Rechtshilfeübereinkommen zur Erleichterung der Realisierung von Unterhaltsansprüchen; das praktische Vorgehen zur Realisierung von Unterhaltsansprüchen im Ausland
- Die EU-Verordnung Nr. 4/2009 und das Haager Übereinkommen zur Erleichterung der Unterhaltsrealisierung im Ausland
- Das Gesetz zur Durchführung der EU-Verordnung Nr. 4/2009 und zur Neuordnung bestehender Aus- und Durchführungsbestimmungen auf dem Gebiet des internationalen Unterhaltsverfahrensrechts
- Das New Yorker Abkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

Zielgruppe: Beschäftigte, die mit der Verfolgung unterhaltpflichtiger Personen betraut sind, insbesondere aus Jugendämtern, SGB II-Behörden sowie Sozialämtern

Dozent: Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann, Volljurist

Ihr Wissen ist gefragt!

Das Kommunale Bildungswerk e. V. sucht Sie als nebenamtliche:n Referent:in

Wie dieses Programmheft zeigt, führen wir pro Jahr eine Vielzahl von Fortbildungsveranstaltungen (Seminare und Tagungen) im gesamten Bundesgebiet durch. Wir legen großen Wert auf Praxisnähe. „Aus der Praxis für die Praxis“ ist das Leitmotiv unserer Kurse. Hierfür suchen wir fachkompetente Referentinnen und Referenten.

Vielleicht haben auch Sie Interesse, Fortbildungsveranstaltungen für das Kommunale Bildungswerk e. V. durchzuführen? Wenden Sie sich gerne hierfür an planung@kbw.de

Die meisten unserer Seminare werden auch als Online-Seminare via **Online-Zuschaltung** angeboten. Über das Format erkundigen Sie sich bitte auf unserer Internetseite www.kbw.de

Anmeldeformular

kbw.

Seminare zum Vollstreckungs- und Insolvenzrecht - 08/2025

Kundennummer (falls vorhanden)

Anmeldemöglichkeiten beim KBW e. V.

Internet: www.kbw.de

E-Mail: info@kbw.de

Fax: 030-293350-39

Ich melde mich verbindlich zu folgender Veranstaltung an:

Bitte ankreuzen: Präsenzteilnahme Onlineteilnahme

Seminardatum

Gebühr

Seminarcode

Seminardatum

Gebühr

Seminarcode

Seminardatum

Gebühr

Seminarcode

Teilnehmer:in

Vorname, Nachname

Telefon

Berufliche Position

Telefax

E-Mail

Mobil: Für kurzfristige Änderungen zum Seminar

Firmendaten / Rechnungsanschrift

Firma / Organisation / Verwaltung

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Abteilung

Telefon/Telefax

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Seminaren beträgt in jedem Fall 2 Wochen vor Seminarbeginn.
Mit Ihrer Anmeldung erkennen Sie die Teilnahmebedingungen (<https://www.kbw.de/teilnahmebedingungen>) und die
Datenschutzerklärung (<https://www.kbw.de/datenschutzerklaerung>) des Veranstalters an.

Hotelzimmerreservierung

Bitte reservieren Sie für mich ein Hotelzimmer wie folgt:

EZ _____ DZ _____ vom _____ bis _____

Preiskategorie bis _____ Euro/Nacht

Bemerkungen

Die kostenlose Stornierungsfrist bei Hotelzimmern beträgt in jedem Fall 3 Werkstage.

Änderungen und Irrtümer vorbehalten. Alle Angaben ohne Gewähr.



wissen. teilen. bewegen.

Das Kommunale Bildungswerk e. V. bietet seit 35 Jahren berufsbegleitende Fortbildungen für die öffentliche Verwaltung, Unternehmen aller Branchen und Privatpersonen an.

Jährlich nehmen über 50.000 Teilnehmer:innen an den innovativen Veranstaltungen egal ob in Präsenz, hybrid oder online teil. Die Mehrzahl der Seminare findet im modernen Bildungs- und Kulturzentrum Peter Edel in Berlin statt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme.

kbw.

Kommunales Bildungswerk e.V.

- Berliner Allee 125
13088 Berlin
- +49 (0)30 293350-0
- info@kbw.de



kbw.de

